

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Redaktion: Breiteweg 89-90, 3 Treppen. Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis band in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Verkauftellen 2.50 epl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Sonntagsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inserationsgebühr die fünfgespaltene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7770

Nr. 238.

Magdeburg, Mittwoch, den 11. Oktober 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Bilder vom Parteitag.

I.

Begrüßungsfeier. Erster Beratungstag.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei, aber sie ist notwendig. Schon im gewöhnlichen Leben für diejenigen, die in dem rastlosen Rennen mitkommen wollen, und besonders im Zeitungswesen für diejenigen, die beauftragt sind, die von ihnen empfangenen Eindrücke in den Spalten der Blätter zu den Tausenden und Hunderttausenden weiterzugeben, die fern vom Kongressort mit Spannung der Nachrichten warten, die vom Parteitag eintreffen. Die Geschwindigkeit wird bei uns Zeitungskleuten allgemach so groß, daß sie tatsächlich der Hexerei nahe kommt, wenn wenigstens die Erwartungen erfüllt werden sollen, die an uns Berichterstatter und „Stimmungsbildner“ gestellt werden. Wer heutzutage als halbwegs befähigter Journalist gelten will, darf in einer fremden Stadt nicht länger als fünf Minuten gebrauchen, um ein getreues Charakterbild, ein pointendurchsetztes Stillleben in festen Strichen liefern zu können. Was darüber ist, gilt als unmoderne Schwerfälligkeit.

Nun sitze, stehe und gehe ich schon sechszwanzig Stunden in Hannover umher, und ich bin im Augenblick beinahe noch so fremd in den Straßen wie gestern um die Mittagstunde, als wir vom Bahnhof aus durch Parteigenossen zum Empfangslokal geleitet wurden. Ich sage dies auf die Gefahr hin, bei meinen Lesern dadurch arg ins Hintertreffen zu geraten, aber die Wahrheit geht bei uns allen, also auch bei mir bekanntlich über alles, selbst über das fragwürdige bißchen Renommee. Jeder andere Kollege wird zweifellos das Rätsel bereits gelöst haben, das das hannoversche Straßengewirr dem Fremden aufdringt: das Rätsel nämlich, daß im Innern der Stadt, in dem wir haufen, die Straßen immer dort anfangen, wo man es nicht vermutet, und dort aufhören, wo sie im besten Zuge begriffen sind und ihre Fortsetzung für jede andere Stadt als Hannover in der Fluchlinie liegen würde. Nun haben uns zwar unsere parteigenösslichen Wirte splendide mit einem „Fremdenführer“ ausgestattet, der mit einem großen Stadtplan versehen ist, aber wenn die Straßen reihum Polka tanzen, kann der Plan nicht im ernstesten Geometer-Schritt einhergehen. Er würde auch dann nur unwesentliche Dienste leisten können, wenn er gut wäre, was ich ihm aber nicht nachsagen kann. Ich werde leicht schwindlich und habe das Tanzen seit 15 Jahren aufgegeben, als ich grade damit anfangen wollte. Es ist demgemäß kein Wunder, daß ich den Stadtplan in dem Augenblicke in die Tiefen der Tasche verpackte, als ich die Entdeckung machte, daß an dem verwirrenden Straßen-Kundanz nicht nur die Gäßchen und Gassen, sondern auch die Hauptstraßen sich beteiligen. Selbst die Georgstraße, der geschäftliche „Breite Weg“ Hannovers, heißt dort Langelaupe, wo sie noch Georgstraße heißen mußte, und wird dort Georgstraße betitelt, wo sie vielleicht Kurzelaube oder sonst was genannt werden mußte.

Die nationalliberale Kommunalvertretung der alten Welfenhauptstadt hat auf die merkwürdige Verfassung ihrer Straßen ohne Zweifel Rücksicht genommen und ihrerwegen ein ausgebreitetes elektrisches Straßenbahnnetz ohne Treddenleinen, mit Akkumulatorenbetrieb, schaffen lassen, das sicher durch das Wirral hindurchführt. Ihren Geleisen ist es zu danken, daß ich gestern das Begrüßungs- und heute das Verhandlungslokal gefunden habe, was nicht ausschließt, daß ich mich jedesmal vor Erreichung des jeweiligen Endziels gründlich verlaufen habe. Aus Mangel an anderen vertraue ich auf diesen Wegweiser für den Rest der angebrochenen Woche, wobei ich allerdings hoffe, daß ich nicht das Schicksal der acht oder zehn Menschen teile, die im letzten Monat von der elektrischen Bahn überfahren und zumeist ums Leben gekommen sind.

Für die hannoverschen Parteigenossen wird der Segentanz, den die Windrose in ihren engeren Mauern führt, wohl schlimmstenfalls den Schwankungen der Erdschleife gleichkommen; es ist an ihnen wenigstens nicht die geringste Verwirrung und nichts von Schwindelanfällen bemerkbar. Mit einer Präzision und einer klaren Organisation, die an die Veranstaltungen in Hamburg und Stuttgart würdig heranreicht, haben sie ihre Vorbereitungen zum Empfang getroffen und glott find die Veranstaltungen verlaufen, die uns der gestrige Nachmittag bot. Vor vier Uhr stauten sich vor den beiden Eingängen, die zu den kombinierten großen Vergnügungstokalen, dem Palmengarten und Konzerthaus führen, Hunderte von Genossen, die der Begrüßung der Delegierten durch die Arbeiterchaft hannoverschens beizuhören wollten. Und als die Thore geöffnet wurden, strömten binnen einer halben Stunde Tausende von Parteigenossen in die weiten Räume. Unter der hohen Kuppelhalle des langgestreckten Palmengarten-

Baues herrschte schließlich ein solches Gedränge, daß ankommende Delegierte sich eine halbe Stunde lang mühsam durchkämpfen mußten, bis sie den bevorrechteten Platz der Gäste erreicht hatten. Was uns geboten wurde? Wie soll ich das beschreiben, ohne Gefahr laufen zu müssen, das Programm ab- und umzuschreiben, und das will ich als Stimmungsbildner natürlich vermeiden. Die Klänge der Kapelle, der Gesang der hannoverschen Arbeiter-Gesangvereine, die mit einem besonderen Festgruß aufwarteten, und die gewaltige Anteilnahme der Tausende, die sich spontan am Schluß der Reden fund gab, führten auch den Zeitungsmenschen, den die kritische Ruhe nie verlassen soll, in die Höhen, in denen die reine Idee ihre Schwingen entfaltet und jede kritische Beobachtung aufhört. Die Masse besteht aus vielen einzelnen, von denen jeder für sich genommen nie von der Erde loskommt; dadurch daß die Einzelnen sich aber zu der kompakten, geschlossenen, homogenen, von einem Willen, einem Ziel beherrschten Masse zusammenschließen, hebt die Vielheit die Einheit weit über sich selbst hinaus zu Vorstellungen, Begriffen, Bestrebungen und Ideen, die dem Einzelnen stets unerreichbar wären. Das Geheimnis der einheitlichen Masse, das sogar unsere schärfsten Gegner überwältigt, so sehr sie sich dagegen aufbäumen mögen, ist damit nur angedeutet, nicht erschöpft. Es beherrscht die moderne Welt und wird in diese Welt hineingetragen von der einzigen Partei der Masse der Sozialdemokratie.

Der hohe Stand, den die Parteisache in Hannover-Linden erreicht hat, trat aus der Begrüßungsfeier deutlich entgegen. Sie hatten all ihre Kräfte aufgeboren und mit Erfolg aufgeboren, um zu zeigen, daß auch hier im Proletariat der Kunst ein sicheres Obdach geboten ist. Und stundenlang hielt die vieltausendköpfige-Zuhörerische Stand, wiewohl allmählich unter dem hohen Kuppelbau eine Glut- hitze sich auszubreiten begann. Die Masse stand und sah und wankte nicht — die Masse.

Im Beratungslokal, dem Ballhof, dem wir heute morgen auf Kreuz- und Querzügen zuritten, hat man die Masse der Gleichstrebenden nicht mehr vor Augen, die Delegierten füllen allein schon den Saal und die kümmerliche Galerie bietet nur wenigen Platz. Aber die Masse begleitet doch einen Jeden von uns, die wir uns nur als ihren Teil und ihren Dolmetsch fühlen. Diejenigen Genossen aber, die als ihre Repräsentanten Platz gefunden hatten, mußten lange Gedankenschritte machen, wollten sie den Marschschritt einhalten, den der Parteitag in der Erledigung von nicht weniger als sechs seiner Programmpunkte heute eingeschlagen hat. So lange die Partei Generalversammlungen oder Tage abhält, ist es noch nicht vorgekommen, was sich heute in Hannover ereignet hat. Wäre nicht der Löbtauer Fall vorgekommen, hätte sich nicht Genosse Ledebour von der Sächsischen Arbeiter-Zeitung darin verbißen, in der Nichtregistrierung seitens des Parteivorstandes unter allen Umständen einen Beweis von schwächlichem Opportunismus zu finden und hätte er nicht zur Begründung seines Standpunktes, so oft die Geschäftsordnung es erlaube, das Wort ergriffen, dann wäre schon am frühen Nachmittag erreicht worden, was jetzt kurz nach 6 Uhr erfolgte: der Mangel an Beratungsstoff. Es herrschte, abgesehen von der Energie und Arbeitslust Ledebours heute eine Lautheit und Redefaulheit, die frappierend wirken mußte auf denjenigen, der die tieferen Gründe nicht kennt. Sie erklärt sich aus der Spannung, mit der unter den Delegierten der Abwicklung des zum fünften Punkte umgestellten Kampfes um die Grundanschauungen und die Taktik der Partei entgegengekehrt wird. Der Fall Bernstein beherrscht den Parteitag in Hannover. Hinter ihm tritt alles Andere weichenlos in den Hintergrund.

Es war heute nachmittag noch nicht sechs Uhr geworden, als er hätte zur Debatte gestellt werden müssen. Aber der Referent Bebel sowohl wie der ganze Parteitag wünschte heute nicht mehr den Beginn. So wurden in Ermangelung anderer in sich abgeschlossener Punkte noch die Kaiserin und der internationale Pariser Kongress, die Punkte 9 und 10 der abgeänderten Tagesordnung, zur Debatte gestellt und binnen einer Viertelstunde mit den Referaten Pfannkuch und Liebknechts erledigt.

Kurz nach 6 Uhr konnten wir nach Hause gehen und uns kräftigen für das geistige Ringen, das der morgende Tag als erster der großen Parteidebatte bringen wird. Das wird so geschwind nicht abgehen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Hannover, den 9. Oktober 1899.

Die geschäftlichen Verhandlungen des Parteitags nahmen heute früh um 9 Uhr ihren Anfang.

Ein vom Arbeitergesangverein vorgetragenes Lied leitete die Beratungen ein.

Im Namen der Parteileitung begrüßte Singer die Delegierten in Hannover. Er erinnerte an die Verdienste der hannoverschen Partei während des Sozialistengesetzes und nach Fall desselben. Der Parteitag trete an der Wende des Jahrhunderts zusammen; dies neue Jahrhundert werde, wie Gladstone einmal gesagt habe, im Zeichen des Sozialismus stehen. Der Parteitag werde ernste Beratungen zu pflegen haben, es sei aber zweifellos, daß die Partei an ihren alten Zielen unverbrüchlich festhalten werde. Aus den Verhandlungen werde nichts anderes herauskommen, als die Kräftigung und Stärkung der Partei. Redner erklärte den Parteitag für eröffnet.

Zu Vorlesenden wurden auf Vorschlag von Hoffmann-Bielefeld Singer-Berlin und Blum-Hamburg per Akklamation gewählt. Zu Schriftführern wurden Müller-Darmstadt, Sydom-Frankfurt, Schulz-Breslau, Fischer-Dresden, Leiche-Wilna, Knappe-Stettin, Bögle-Strasbourg, Müller-Bochum und Frau Jule-Hamburg gewählt.

Wie in früheren Jahren wird eine Mandatsprüfungskommission gewählt. Die Tagungszeit wird von 9—1 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags festgelegt.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgestellt:

1. Konstituierung des Parteitages, Wahl des Bureaus etc.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter J. Luer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrollen. Berichterstatter H. Meißner.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter G. Hoch.
5. Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei. Berichterstatter W. Bebel.
6. Erörterung über Punkt 3 des Programms. Berichterstatter J. Geyer.
7. Die Zuchthausvorlage vor dem Reichstage. Berichterstatter M. Segis.
8. Die Kaiserin 1900. Berichterstatter W. Pfannkuch.
9. Besichtigung des nächsten internationalen Kongresses. Berichterstatter W. Liebknecht.
10. Anträge zum Programm und zur Organisation.
11. Sonstige Anträge.

Singer entbietet hierauf den anwesenden ausländischen Genossen Adler-Wien, Wieggen-Bernals und Kettler-Holland, Lindblatt-Stockholm und Diehgen-Chicago den Gruß des Parteitages. Er beglückwünscht die Genossen zu ihren heimischen Erfolgen und versichert ihnen, daß die deutsche Sozialdemokratie stets Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat kämpfen werde.

Dr. Victor Adler-Wien begrüßt den Parteitag namens der österreichischen Genossen. Die österreichische Partei sei noch jung, habe aber Kämpfe von einer Intensität und Komplexität zu bestehen, von denen man anderswo keine Ahnung habe. In Österreich habe man nicht nur eine internationale Partei zu organisieren, sondern man habe es auch fertig gebracht, diese internationale Sozialdemokratie trotz aller nationaler Wirren zu einigen. Die Macht des internationalen Proletariats habe sich also in Österreich als stärker erwiesen als alle nationalen Interessengegenstände. Er begrüßt die deutschen Genossen nicht nur im Namen der deutsch-österreichischen Parteimitglieder, sondern auch der tschechischen, ungarischen, polnischen, slowakischen und italienischen Genossen Österreichs. Daß dem so sei, sei ein Verdienst der deutschen Partei, die die Partei Österreichs stets moralisch wie materiell unterstützt habe. Die österreichische Partei hoffe wie bisher so auch weiterhin einen starken Rückhalt an der deutschen Bruderpartei zu haben. (Lebhafte Beifall.)

Wieggen-Holland hält auch eine Begrüßungsansprache: Die Sozialdemokratie in Holland habe den Anarchismus beseitigt, eigene Mandate erobert und werde jetzt im Parlament gehört. Die Unterdrückung der Arbeiterchaft sei in Holland ebenso groß wie anderswo. Die Thranen über die Dreifüß-Affäre seien in Holland sehr stark geflossen, drei holländische Arbeiter hätten sich 1895 schon unerschuldigt im Gefängnis, ohne daß sich außer den Arbeitern jemand darüber aufregte. Die Holländer seien wohl den Splitter im Auge anderer, aber nicht den Balken im eigenen. Die holländische Partei betrachtet die deutsche als ihr Vorbild, und freut sich deshalb, am deutschen Parteitag teilnehmen zu können.

Lindblatt-Stockholm begrüßt den Parteitag namens der schwedischen Genossen. Er berichtet von der politischen und wirtschaftlichen Entwertung, unter der die schwedische Arbeiterchaft zu leiden hat und von dem erst kürzlich angenommenen Zuchthausgesetz. Trotz aller dieser Maßregeln oder vielmehr wegen der Unterdrückungspolitik sei die schwedische Sozialdemokratie mit Riesenschritten gewachsen. (Beifall.)

Diehgen-Chicago überbringt die Grüße beider sozialistischen Parteien der Vereinigten Staaten. Er könne das, denn er sei Mitglied der einen Partei und seine hier anwesende Frau Mitglied der anderen. (Große Heiterkeit.) Das kommt Ihnen gewiß etwas komisch vor (Heiterkeit.) Wir wären ja auch längst geschiedene Leute (Heiterkeit), wenn prinzipielle Unterschiede zwischen uns vorhanden wären. Es sind aber nur taktische Verschiedenheiten und solche dürfen in einer Partei ruhig bestehen, wenn nur das Gefühl prinzipieller Zusammengehörigkeit nicht darüber verloren geht. (Lebhafte Beifall.)

Die Reihe der Ansprachen beschließt Kasperli-Büsch, der dem Parteitag die Grüße der in der Schweiz lebenden deutschen und österreichischen Genossen überbringt.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Geschäftsbericht des Vorstandes. Zur Beratung werden die folgenden Resolutionen gestellt:

- Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises Dresden. Aktad: In Erwägung, daß die gegenwärtige schärfere Interpretation der strafgesetlichen Bestimmungen sich insbesondere gegen Handlungen klassenbewußter Arbeiter richtet und diese als Opfer einer Klassenjustiz zu betrachten sind, spricht der Parteitag wegen der unterlassenen Registrierung des hier besonders hervorzuhebenden schamverurteilenden Urteils gegen die Löbtauer Bauarbeiter in der Rubrik „Unter dem neuen Kurs“ im Vorwärts sein Bedauern aus. Der Parteitag erwartet vom Parteivorstand, 1. daß derselbe die unterlassene Registrierung in geeigneter Weise nachholt; 2. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Beurteilungen ohne weiteres registriert.
- Parteigenossen des 6. sächsischen Wahlkreises Dresden-Band: Mißbilligung darüber aussprechen, daß der Parteivorstand von der Liste der Klassenkampfsopfer die „Beurteilungen in dem Löbtauer Krawallprozeß“ gestrichen und diese Streichung nachträglich mit der

Bejournis vor falschen Auslegungen durch die Scharfmacher begründet hat. Da ein schwächliches Zurückweichen vor den immer bedrohlicher werdenden Machenschaften des Buchhändlerbundes das Vertrauen der deutschen Arbeiter in die Vertretung ihrer Interessen durch die sozialdemokratische Partei erschüttern müßte, müßte der Parteitag ferner den geheiligen Auftrag nach Möglichkeit reparieren und Anordnungen treffen, die dessen Wiederholung verhindern.

Auer verweist auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und macht nur einige Bemerkungen über die Resolutionen. Der Vorstand fühle sich heute noch nicht schuldig. Die Registrierung sei nicht aus Versehen unterblieben, sondern aus dem Gefühl heraus, daß es sich bei dem Urteil gegen die Lötzbauer Arbeiter, so ungeheuerlich es auch sei, nicht um eine Verurteilung gehandelt habe, die im Zusammenhang mit unsern Parteiverordnungen steht. Das Lötzbauer Urteil ist ein Mißbrauch der Klassenjustiz. Zur Kennzeichnung der Klassenjustiz ist die Publikation neuer Urteile nicht eingerichtet worden. Die Klassenjustiz beruht nicht nur in Verurteilungen, sondern auch in Freisprechungen, z. B. gegen Fabrikanten aus. Alle Klassenurteile aber aufzunehmen ist schlichterdinge unmöglich; die Aufgabe wäre zu groß. Die Liste soll auch keine Märtyrertafel sein. Gar manche Verurteilung hätte bei einiger Vorsicht gar nicht verurteilt werden können. Durch die Verurteilung wird noch nicht jeder zum Märtyrer. Ganz ähnlich wie der Lötzbauer Fall liegt der Zorgebauer Fall. Im Gegenteil, der Zorgebauer Fall hatte zur Parteibewegung noch mehr Beziehung wie der Lötzbauer. Trotzdem ist der Zorgebauer Fall nicht in die Liste aufgenommen worden und keine einzige Stimme hat das damals moniert. Wir haben aber den Fall Kofschmann nicht registriert, obwohl dieser zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, wie ich glaube, unschuldig verurteilt worden ist, weil die angelegte Straftat mit unsern Parteiverordnungen in keinem Zusammenhang stand. Es ist der Fall Lötzbauer meines Erachtens viel zu weit getrieben worden. Es hätte schließlich nur einer Postkarte aus Dresden bedurft, um die Sache in friedliche Bahnen zu lenken. Statt dessen ist ein großes Meer von Tinte verschrieben worden, um wieder einmal den Opportunismus im Parteivorstand zu kennzeichnen. (Heiterkeit.) Die viele Tinte hätte nicht vergossen zu werden brauchen. Ich sage das nicht um uns reinzuwaschen, aber ich möchte betonen, daß der Vorstand den Beschluß einstimmig gefaßt hat. Man hat gefragt, welche Vorstandsmitglieder dabei persönlich beteiligt waren. Man kann viel mehr fragen, als beantworten, deshalb sind wir damals den Fragen die Antwort schuldig geblieben. Aber heute kann ich es sagen. Von 5 Vorstandsmitgliedern sind 4 an dem Beschluß beteiligt gewesen. Man kann das ruhig Opportunismus nennen. Opportunismus muß es ja geben, wo kriegen sonst die „proletarischen Sozialrevolutionäre“ ihre Bezeichnung her. (Große Heiterkeit.)

Gerich gibt hierauf den Kassierbericht. Er beklagt es, wie in früheren Jahren, daß die laufenden Ausgaben nicht mehr aus den laufenden Parteibeiträgen bestritten werden können, daß die Kasse auf die Erträge der Parteitage zu angewiesen ist. An der Spitze der Parteitage steht Berlin. Die Berliner Genossen seien in Punkto Beiträge geradezu vorbildlich. Redner geht auf die Lage der Parteipresse ein, die er als günstig bezeichnet. Die Abonnenten haben gegen das Vorjahr erheblich zugenommen. Die Gesamteinnahmen der Zeitungen aus Abonnements und Inseraten z. B. betragen 3 454 913 Mk., was bedeutet ein Mehr von über einer halben Million Mark gegen das Vorjahr. Er wünscht, daß die Prosperität auch weiterhin fortwähren möge.

Meißner-Hannover giebt den Bericht der Kontrollen. Im Vormerk und auch in der Buchhaltung des Vormerk sei alles richtig befunden worden. Beschwerden seien nicht eingelaufen; zwei Beschwerden privater Natur aus Hamburg und Bielefeld seien vorläufig zurückgewiesen worden. Im Gesamtvorstand habe volle Einigkeit geherrscht. Er beantragt Decharge für den Parteivorstand.

Es folgt die Diskussion.
Ledebour-Dresden hat sich das Wort erbeutet, um auf die Nicht-Registrierung der Lötzbauer Verurteilung einzugehen. Er konstatiert den Parteivorstand des guten Glanzen, aber er halte die Nichtregistrierung für einen schweren Mißgriff, der repariert werden muß. Aber habe ihn auch heute noch nicht überzeugt. In die Liste gehören alle Urteile, die den Kampf von Klassenurteilen tragen, aber nur Verurteilungen von Proletariats, nicht Freisprechungen von Fabrikanten. So groß die sozialdemokratische Partei sein mag, sie ist doch nur ein Teil der proletarischen Emanzipationsbewegung überhaupt. Die Gewerkschaftsbewegung kommt ihr an Bedeutung nahe. Deshalb sind auch Verurteilungen registriert worden, die aus gewerkschaftlichen Kämpfen hervorgegangen sind. Aber ich gehe noch weiter. Es sind auch viele Klassenurteile veröffentlicht worden. Daß der Zorgebauer Fall nicht registriert worden ist, bedauere ich. Wenn dieser Fall nicht das Aufsehen gemacht hat wie der Lötzbauer, so kommt es daher, daß der Lötzbauer Fall die erste Verurteilung großen Stils im Zeichen des Buchhändlerbundes war. Mit dem Lötzbauer Urteil ist das Buchhändlergesetz verurteilt worden. Das große Urteil hat einen Schrei der Entrüstung im ganzen Proletariat geweckt. Von dem nam Verurteilten waren sieben gewerkschaftlich und zwei politisch organisiert. Aber darauf kommt es nicht an. Glanzen Sie denn, das Urteil hätte zu ausschließen, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt eines Kriegsverbrechens gehandelt hätte? Nein, das Urteil richtete sich gegen die proletarischen Emanzipationsbewegungen überhaupt. Es wurden zu paar Unschuldige mitverurteilt, die ihnen vor die Füße traten. Als die Liste erschien ohne die Lötzbauer Verurteilung, glänzte mir an ein Zeichen des Vorstands und richtete eine Anfrage nach Berlin. Darauf antwortete die Reichstagsverwaltung im Besonderen und auf diese schlugen wir in der sächsischen Arbeiterzeitung los. Die Resolution des Wahlkreises, den ich vertritt, ist mit allen gegen eine Stimme gefaßt worden. Sie lehnt, wie fast jede nach der Erregung in Sachsen darüber ist, daß die Registrierung nicht erfolgt ist. Wir verurteilen jeden Ergoß. Deshalb dürfen wir aber nicht die Hand von denen ziehen, die einmal sich zu einem Ergoß haben hinsetzen lassen. Die Registrierung braucht nicht in direkter Zusammenhang mit der Partei zu stehen. Das Urteil richtete sich gegen den proletarischen Emanzipationskampf überhaupt. Als Stimm im Reichstages sagte, die Rede wüßte auf die Grundzüge im Besonderen kommen, riefen ihm mehrere Fraktionsmitglieder „Ja“ zu. Diese Genossen hatten das richtige Gefühl; denn kam der Richter Parteivorstand und beschwerte die Genossen. Die Lötzbauer Genossen gehören nicht auf die Liste, aber auf die Liste der Partei.

Der Redner will noch weiter sprechen, muß aber, da die Redezeit knapp abgelaufen ist, abbrechen.

Fischer-Dresden berichtet, daß die Reichstagsverwaltung des Genossen im 6. sächsischen Wahlkreis auf dem Standpunkt Ledebours stehe. Genoss habe der Vorstand einen Mißgriff begangen, aber der große Spruch darüber sei gar nicht am Platze. Er verweist es, die Sache zu auf die Spitze zu treiben, was er nicht will, da die Partei nach den Beschlüssen selber einen Mißgriff begangen hat.

Knappe-Stratitz beantragt, sich ebenfalls gegen Ledebour und teilt den Standpunkt mit. Die angeführte Verurteilung ist nicht so sehr ein ganz anderer Akt wie die Frage, ob die Verurteilung in die Liste gehören. Ledebour ist nicht der Fall. Es ist besser, wenn eine solche List, wie die Lötzbauer, nicht veröffentlicht wird als keinen. Ledebour hat, gegen in gewisser Weise, ein Recht. Seine Verurteilung ist ein Mißgriff, aber bei ungelassenen. Der große Spruch darüber sei gar nicht am Platze. Er verweist es, die Sache zu auf die Spitze zu treiben, was er nicht will, da die Partei nach den Beschlüssen selber einen Mißgriff begangen hat.

Siedemann-Dresden giebt die Resolution der Genossen aus Dresden-Mitte kund, da der Parteivorstand die Frage aufgeworfen in gedrucker Parteivorstand nicht entschieden habe. Einmal anders als die heutige Reichstagsverwaltung, mit der er nicht einverstanden ist. In Zukunft werde hauptsächlich der Vorstand anders verfahren.

Ottendorfer-Essen will den Fall Lötzbauer anerkennen, der ganz anders ist, als Ledebour ein ganzes Solange zu machen. Er hält den Vorstand, der hat und bedarf zu erklären, weshalb Lötzbauer nicht registriert worden ist. Lötzbauer hat heute noch nicht die gleiche Stellung wie Ledebour. Der große Spruch darüber sei gar nicht am Platze. Er verweist es, die Sache zu auf die Spitze zu treiben, was er nicht will, da die Partei nach den Beschlüssen selber einen Mißgriff begangen hat.

sein Stillschweigen hat der Vorstand im ganzen Ruhrgebiet an Unruhe verloren. Die Genossen sagen, man schickt uns Leute auf den Hals, die man in Berlin los sein will.

Laetzerow-Berlin schlägt vor, eine neue Liste unter dem Titel „Unter den Buchhändlern“ einzuführen und darin mit der Registrierung des Lötzbauer Urteils zu beginnen.

Wunderberg-Krefeld bemängelt eine Bemerkung des Vorstandes, in der es heißt, daß die Mehrzahl der Freisprüche freilich den Arbeiter nicht zum größten Teil aus Angehörigen katholischer Arbeitervereine bestanden hat. Das sei nicht richtig. Der nieder-rheinische Arbeiterbund stehe der Sozialdemokratie sehr nahe.
Ledebour-Dresden vertritt nochmals in scharfer Weise seinen Standpunkt. Er stellt einen Antrag, der in seinem Sinne die Grund-sätze festlegt, welche bei der Veröffentlichung auf der Postkarte in Zukunft maßgebend sein müssen. In die Liste sollen alle Klassenurteile, die sich gegen die Emanzipationsbewegung des Proletariats richten, verzeichnet werden.

Auer: Wenn die Ansichten Ledebour's maßgebend werden sollten, wird es schwer werden, die Liste zu redigieren, so allgemein gehalten und so umfassend sind die Büchse Ledebour's gehalten. Wir würden in ein Chaos hineinkommen, so zahlreich sind die Klassen-Urteile. Ledebour hat sich besonders darüber beklagt, daß der Vorstand in seiner Rechtfertigung gesagt hat, daß die Straftat der Lötzbauer Arbeiter mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben. Genau daselbe hat wiederholt die sächsische Arbeiter-Zeitung gesagt. Wir brauchen die Verurteilungen nicht von unseren Reichstagen abzuschütteln, denn sie haben nie etwas mit uns zu tun gehabt. Ganz anders liegt es mit der Frage, wie sonst das Urteil zu beurteilen ist. In dem Ab-schluß über das Urteil sind wir alle einig. Die Wiederholung solch grausamer Urteile zu verhindern, gehört zu den Aufgaben der Sozialdemokratie. Ich resumiere mich dahin, daß der Vorstand kein Vorwurf trifft. Den Antrag Laetzerow halte ich für nicht glücklich. Zum Fall Lötzbauer möchte ich bemerken: Lötzbauer hat uns zur Konferenz nach Schwelm geladen, wir haben das abgelehnt und ihn auf den Beschwerdeweg zum Parteitag verwiesen. Bis jetzt ist keine Beschwerde hier eingeleitet. Der Vorstand will aber dem Genossen Ottendorfer Rede und Antwort stehen. Am besten würde das aber zuerst in einer Revisionskommission geschehen. Der Vorstand hat ein reines Gewissen, Lötzbauer ist nicht Unrecht geschieden, aber die Verhandlung in der Revisionskommission liegt im Interesse Lötzbauer's. Es ist nicht richtig, was Dittmar gesagt hat, daß wir Lötzbauer nach Dortmund geschickt haben, weil wir ihn in Berlin los sein wollten. (Heiterkeit.) Das wäre ein schlechtes Experiment, da würde bald die Provinz Paderborn und Nordio schreien. (Große Heiterkeit.) Lötzbauer ist auf seinen Wunsch auf unsere Anregung nach Dortmund gegangen und hat dort zuerst sehr erprießlich gearbeitet. Der Vorstand bedauert es nur, daß es nicht immer so geblieben ist.

Fischer-Dresden wendet sich gegen Ledebour. Er steht auf dem Standpunkt Fischer. Die Sache brauche nicht übertrieben zu werden. Er bitte keinen der gestellten Anträge anzunehmen. Der Vorstand werde nach den vorausgegangenen Diskussionen schon das Richtige treffen.

Bayer-Leipzig: Die Anträge wären vielleicht nicht gestellt worden, wenn der Parteitag früher erschienen wäre. Er stelle den Antrag, die Veröffentlichung des Parteivorstandes zukünftig eher zu bewirken. Er halte die Nicht-Registrierung für einen Fehler, denn das Urteil im Lötzbauer Fall stehe mit der Bewegung des Proletariats im Zusammenhang.

Die Debatte wird hierauf abgebrochen.
Die Vorprüfung des Falles Lötzbauer und einiger anderer Beschwerden wird der Randats-Prüfungskommission überwiesen.

Singer verliest ein Begründungsstelegramm von Mailand und Guesde im Namen der französischen Bruderpartei und läßt hierauf die Mittagspause eintreten.

In der Nachmittags-Sitzung, die Singer leitet, wird die Debatte über die Geschäftsführung des Vorstandes vom Vormittag fortgesetzt.

Fraun-Dresden ist ebenfalls nicht mit der Haltung des Vorstandes im Lötzbauer Fall einverstanden. Die Erregung über den Mißgriff des Vorstandes sei in Dresden groß und auch berechtigt gewesen. Wenn seine Mandatgeber keine Resolution abgefaßt hätten, so hätten sie ihn doch beauftragt, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Ledebour-Dresden wendet sich nochmals gegen Auer. Dem Vorstand müsse der Tadel des Parteitages ausgesprochen werden. Nach der Vorstand eine Dummheit, so unterlasse er dem Tadel des Parteitages wie jeder andere Genosse. Der Tadel sei in milde Form gefaßt, sein Antrag spreche nur das Bedauern über die Nichtveröffentlichung in der Liste aus. Das sei das mindeste, was zu fordern ist.
Knappe-Stratitz beantragt: In der Liste „Unter neuen Genossen“ sind nur Verurteilungen zu veröffentlichen aus der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Der frühe Agitator, der von Berlin auf Berlin geschickt wird, sei in viel höherer Weise ein Verräter, als die Lötzbauer Verurteilung, die mit der Partei nichts zu tun haben.

Die Diskussion wird geschlossen.

In seinem Schlusswort bittet Auer, alle zum Falle Lötzbauer ge-richteten Anträge abzulehnen und es dem zukünftigen Parteivorstand zu überlassen, wie er es zu halten gedenke. Dieser werde sich sicher die heutige Debatte zur Richtschnur nehmen. Die Veröffentlichung des Parteivorstandes könne nicht gut früher erfolgen, weil er den Ge-schäftsführer des Jahres bringen muß, der erst mit Ende August erfolgt. Der Bericht sei so reich als möglich veröffentlicht worden. Die Parteigenossen möchten nur den Vorstand mehr unterstützen. In Halle habe das Parteibüro bemerkt: Endlich werden die Anträge zum Parteitag veröffentlicht. Aus derselben Stadt Halle sei der dortige Parteitag aber erst acht Tage nach der Veröffentlichung an den Vorstand eingeleitet worden. (Heiterkeit.) Also etwas mehr Ruhe und etwas mehr guter Wille, dann werden wir mit Gottes Hilfe (Große Heiterkeit) schon miteinander fertig werden. (Heiterkeit.)

Der Vorstand wird hierauf Decharge erteilt. Alle zu dem Falle Lötzbauer gestellten Anträge werden abgelehnt.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung, der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-fraktion.

Es liegen dazu folgende Anträge vor:

Reichstagesfraktion des 6. sächsischen Wahlkreises, Dresden-Land, beantragt: „Die Reichstagsfraktion zu beauf-tragen, die Reichstagsverwaltung zu unterstützen, wie sie die Durchführung und Verwirklichung der Reichstagesverwaltung im Reichstages-Sachen zu bewirken gedenkt, beziehentlich, wie sie sich dazu stellt, das königlich sächsische Genoss Reichstages durch Polizeiverordnungen — so die Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung über die ungeschickte Verbreitung von Flug-schriften, Einmischungen usw. auf Plätzen und Straßen während der Wahlen, durch eine Verurteilung der Reichstagsverwaltung Dresden — der ersten Anträge gestützt, entgegen der Bestimmung der Reichstagsverwaltung: „Reichstages geht vor Landesgesetz.“

Reichstagesfraktion in Sachsen beantragt:

Die Fraktionen zu beauftragen, in künftiger Reichstags-sitzung die Anträge auf Einführung des achtstündigen Normal-arbeits-tages sowie auf Einführung der obligatorischen Gewerbe-gesetze anzunehmen. Ferner soll die Fraktion beauftragt werden, eine entsprechende Erklärung des Reichstages an die Reichstagsverwaltung zu übermitteln.

Reichstagesfraktion in Göttingen beantragt:

Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, im Reichstages dahin zu wirken:

a) In dem § 15 des Arbeiterverordnungs-Gesetzes im 1. Absatz die Worte „innerhalb des Tages einer Arbeitsruhe“ zu streichen.

b) In § 137 der Gewerbeordnung den 5. Absatz zu streichen und den zu fügen:

„Arbeitnehmer dürfen während jeder Woche nach ihrer Arbeit nicht mehr als sechs Stunden nach ihrer Arbeit beschäftigt werden.“

c) Der Fraktionsrat ist für ganz Deutschland anzusetzen.

d) Bei § 119a der Gewerbeordnung ist zu fügen: „Zusammenhang mit dem Reichstages.“

e) Die Reichstagsfraktion in Halle beantragt:

Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine Erklärung darüber herbeizuführen, daß während der Wahlzeit nach dem Reichstages-Flugblättern ungeschickter verbreitet werden dürfen, da viele Polizei-befehle ortspolizeiliche Verordnungen erlassen, durch die das Reichstagesgesetz illusorisch werde. Es heiße: Reichstages geht vor Landes-recht, in diesem Falle gingen sogar Polizeiverordnungen vor Reichstages-recht. Die Fraktion solle eine richtige Interpretation des Gesetzes herbeiführen.

Groth-Kosford beantragt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei Beratung des neuen Post-Zeitungs-Gesetzes dafür einzutreten, daß es aus-büchlich jedermann frei gestellt wird, an Wochentagen, sowie an Sonntagen und Festtagen gleich den Briefträgern der Kaiserlichen Reichspost zu den für den Gewerbebetrieb freigegebenen Stunden Zeitungen an Abonnenten auszuliefern.

Der Referent Reichstagsabgeordneter Hoch-Hannau verweist, wie Auer und Gerich vor ihm, auf den gedruckt vorliegenden Bericht und hebt die Einseitigkeit des Vorgehens der Fraktion hervor. Ob die Parteigenossen mit der Haltung der Fraktion zufrieden gewesen sind, das solle jetzt der Parteitag entscheiden.

Mittl-München empfiehlt den Antrag Dresden-Land zur An-nahme. Nicht nur in Sachsen, sondern auch in Bayern kommen solche Mißgriffe der Polizei vor.

Groth-Kosford tritt für den von ihm gestellten Antrag ein, der die Kollportage von Zeitungen am Sonntag früh ermöglichen will. Diese ist nämlich durch das mecklenburgische Sonntags-Sozialistengesetz verboten worden in allen Orten außer dem Druckort der Zeitungen. Infolge der Verordnung seien Privatpostanstalten gegründet worden, denn diesen war die Kollportage ausdrücklich freigegeben worden. Zu-erz wollte man die Privatpostanstalten nicht als vollständige Privat-postanstalten anerkennen. Die Polizeibehörde wurde aber von den Gerichten abgewiesen. Jetzt hat die Mecklenburgische Volkszeitung ein Strafmandat von 2500 Mark erhalten wegen Vorhinterziehung und Ueberschreitung des Postregals. Die Volkszeitung habe gerichtliche Entscheidung beantragt und hoffe auf Grund eines reichsgerichtlichen Erkenntnisses auf günstigen Bescheid.

Fischer-Dresden bittet um Annahme des Antrages Dresden und weist darauf hin, wie stark in Sachsen mit dem großen Unfugs-paragraphen gearbeitet werde, um Reichstagesgesetz durch Polizeiverordnungen illusorisch zu machen.

Lauscher-Stuttgart befürwortet den Antrag der Göttinger Genossen. Nur der Punkt c, der die Aufhebung des Impfschwangs verlange, werde ja Widerspruch finden.

Bebel beantragt, die Anträge, soweit sie nicht direkt abgelehnt werden sollten, der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Den Antrag Nachen bitte er abzulehnen. Die Fragen des Submissions-wesens und des Minimallohns seien zu schwierig, als daß sie im Rahmen eines solchen Antrages gelöst werden könnten. Wenn die übrigen Anträge gute Folgen haben sollten, müßte der Fraktion das nötige Material von den Genossen geliefert werden. Notwendig sei es, diese Dinge einmal aufzurollen, denn tatsächlich würden Freiheiten, die die Reichstagesgesetzgebung gewährt hat, auf dem Wege der Polizei-verordnung aufgehoben versucht.

Abler-Hamburg hebt hervor, daß nicht nur in Sachsen solche alte Polizeiverordnungen bestehen, sondern auch in Hannover leide die Arbeiterschaft unter einer alten Sabbathordnung vom Jahre 1827. Genossen seien der Verurteilung wegen Flugblattverteilung am Sonntag nur deshalb entgangen, weil sie die Flugblätter nicht sichtbar getragen haben. (Heiterkeit.) Im Göttinger Antrag sei der letzte Absatz über-flüssig, da das neue bürgerliche Gesetzbuch dem Antrage bereits ent-spreche.

Fendrich-Karlruhe bietet dem Genossen Groth den Trost im Unglück, daß auch der Volksfreund in Baden in die Schlingen des Postgesetzes gefallen sei und sogar reichsgerichtlich verurteilt sei. Er bitte, den Antrag Groth anzunehmen.

Eichhorn-Dresden schildert die sächsischen Polizei-Ver-folgungen und meint, das Einzige, was noch helfen könne, sei die Kritik von der Reichstagsfraktion. Es seien Prozesse geführt worden, die 12—1500 Mark in einem einzigen Wahlkreise gekostet haben. Es sind Leute bestraft worden, weil sie bei einem Begräbnis keine Gylinderhüte getragen haben. (Heiterkeit.) Ein Mann wurde wegen Erregung öffentlichen Aergernisses bestraft, weil er seiner Füße wegen in grünen Pantoffeln an einem Leichenzuge teilnahm. Bebel wünscht Material. Wir haben soviel Material, daß die ganze Fraktion darin erkaufen kann. (Heiterkeit.)

Dr. Winte-Weihen schildert die Schwierigkeiten, welche der Flugblattverbreitung in Oberpfälzen von der Polizei bereitete werden, obwohl für die Reichstagswahlzeit die Gewerbeordnung die Flugblatt-verbreitung vollständig freigebe.

Groth-Kosford weist darauf hin, daß gerade beim neuen Post-zeitungs-Gesetz seinem Antrag entprochen werden könne.

Ledebour-Dresden tritt den Ausführungen von Eichhorn und Fischer bei. Er bittet, den Antrag Dresden anzunehmen, ihn nicht nur der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Für die agitatorische Ausnutzung der Frage ist die Annahme der Anträge durchaus notwendig.

Loeber-Jena: Der neueste Kurs in Sachsen-Weimar über-treffe noch den sächsischen Kurs. Fast jede Versammlung sei in letzter Zeit verboten worden, weil der Referent gewerkschaftlicher Agitator sei. In Sachsen-Weimar bestünde kein Vereinsgesetz, aber jeder Dorfbürger-meister habe das Recht, eine Versammlung zu verbieten, wenn durch sie die Ruhe und Ordnung gefährdet werden könnte. Von dieser Be-jugnis macht die Behörde jetzt bei den harmlosesten Anstaltungen Gebrauch. Ein einheitliches Vereinsgesetz ist also dringend notwendig.

Baudert-Apolda schlägt sich den Ausführungen des Vor-redners an. Als dem Großherzog bei der letzten Reichstagswahl ge-meldet wurde, daß in seiner Residenz der Sozialdemokrat gewählt worden sei, soll dieser geäußert haben: Das habe ich und mein Hans nicht um das weimarische Volk verdient. (Lachen.) Der alte Staats-minister v. Groß ging und Herr v. Wurmb wurde Minister, seitdem weht durch Sachsen-Weimar der neue Wind.

Die Diskussion wird geschlossen.

In seinem Schlusswort wünscht Abg. Hoch, daß die Gewerk-schaften mehr wie bisher Stellung zur neuen Gewerbeordnungs-Novelle nehmen und die Fraktion mit neuem Material für die zweite Lesung versehen möchten. Redner wendet sich gegen die Anträge, welche die Aufhebung des Impfschwangs verlangen, da die Impfsfrage keine Partei-frage sei. Die Anträge bitte er der Fraktion sämtlich zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Fraktion müsse freie Hand haben, denn sie sei an die Geschäftsordnung und die Geschäftsfrage des Reichstages gebunden. Die Fraktion habe bereits gegen die jetzige Reichstags-verwaltung hinsichtlich des Großen Unfugsparagraphen Stellung genommen. Das Einverständnis des Parteitages mit der parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion beweise die Einigkeit der Partei besser als alles andere.

Im Göttinger Antrag wird der Punkt c (Aufhebung des Impf-schwangs) abgelehnt, alle übrigen Anträge werden angenommen und der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Es stime nun Punkt 5 der Tagesordnung: „Grundanschauungen und Taktik“ an die Reihe. Da die Zeit bereits vorgedrückt ist und die Materie einheitlich verhandelt werden soll, wird dieser Punkt auf Dienstag früh vertagt.

Der Parteitag nimmt das Referat über die Frage der Maifeier entgegen. Abg. Pannatich empfiehlt die aus den früheren Jahren her bekannte Maifeier-Resolution zur Annahme. In der Resolution heißt es: „Als die würdevollste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kund-gebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Diese Resolution wird wieder debattelos angenommen.

Fischer-Dresden referiert nun noch über die Bescheidung des nächsten internationalen Kongresses. Er beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag beschließt, die deutschen Genossen zur Teil-nahme des internationalen Solidaritätskongresses zu möglichst zahl-reichen Bescheidung des „Internationalen Arbeiterkongresses“ aufzu-fordern, der im Herbst des nächsten Jahres (1900) zu Paris tag-verammelt wird.“

Liebknecht fügt hinzu: Eine Zeitlang schien das Zustandekommen des Kongresses gefährdet durch die Spaltung der französischen Partei, die durch den Eintritt Millerands ins Ministerium entstanden ist. Jetzt ist diese Gefahr beseitigt, denn das Verständigungs-Komitee hat bereits eine Einigung erzielt. Die von Deutschland für die Abhaltung des Kongresses gestellten Bedingungen sind erfüllt worden. Nur der Zeitpunkt des Kongresses ist noch nicht festgelegt, die Entscheidung wird erst auf dem im November tagenden französischen Verständigungskongress fallen. Der Kongress selbst dürfte im September 1900 stattfinden. Die Beteiligung Deutschlands sei selbstverständlich. Das internationale Solidaritätsgefühl erhebe die Beteiligung. (Beifall.) Die Resolution Liebknecht wird einstimmig angenommen. Es folgt der Bericht der Mandatprüfungskommission. Lipinski-Weipzig teilt mit, daß 197 Delegierte mit 230 Mandaten anwesend sind. Außerdem sind 25 Reichstagsabgeordnete und die 5 Vorstandsmitglieder sowie 6 Kontrolleure anwesend. Dazu kommen noch 7 ausländische Gäste. Die Mandate sind von der Kommission sämtlich für gültig erklärt worden. Die weiteren Verhandlungen werden hierauf auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Freiherr v. Zedlitz kehrt zur Kunst zurück. Im schmerzlichen Widerstreit der ihm innewohnenden zwei Seelen, deren eine amtlich für Autorität und Königsstreue flirrt, deren andere in den Spalten der Post gegen die königliche Kanalvorlage rebelliert, hatte die Amtseigenschaft gewonnen und Herr v. Zedlitz hatte dem Journalismus feierlich entlitten. Doch der Zeileifer fraß in ihm und nach kurzen Wochen kehrte Herr v. Zedlitz zurück zu der trauernd zurückgelassenen Erbschaft des Stummischen Organs. Wie wir bereits gestern mitteilten, ist bei der Untersuchung des Gesundheitszustandes des Freiherrn v. Zedlitz plötzlich ein Augenleiden entdeckt worden. Und jetzt kommt die neue Kunde, daß Herr v. Zedlitz keineswegs gedenkt, den wohlverdienten Ruhestand still auszukosten; vielmehr will er den Kampf gegen den Kanal um so entschlossener wieder aufnehmen, je weniger er nun zu fürchten braucht, seinen kanalfreundlichen Oberherren zu kompromittieren. Die heroische Aufopferung des hohen Amtes wird von der Post-Gesellschaft nicht niedrig gewürdigt. Die Mitarbeiter-Gegner läßt sich Herr v. Stumm gern etwas kosten. Herr v. Zedlitz wird bei seiner Rückkehr in die Post fürder nicht mit lumpigen 25 Mark pro Artikel und 12.50 Mark pro Entree besoldet werden. Seine Mitarbeit, die sich zu einer Leitung des Scharfmacherorgans verbichten dürfte, wird auf eine Summe von dreizehntausend Mark eingeschätzt, so daß Herr v. Zedlitz unter Zunahme seiner nicht geringen Pension die Würde des Amtes leicht verschmerzen wird. — Es ist natürlich nur ein Zufall, daß alsbald nach des Kaisers Rückkunft Herr v. Zedlitz das schwere Augenleiden entdeckte. Es liegt uns fern zu vermuten, daß das Augenleiden ansteckend wirken und auch Herrn von Miquel befallen könnte. Der Vizepräsident des preussischen Ministeriums hat den Mantel, der fallen mußte, nach einigem Sträuben freiwillig von sich geworfen, auf daß in seinem Falle der Herzog nicht mitgerissen werde.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte den Staatssekretär des Innern Grafen v. Posadowsky und den Handelsminister Briesfeld ersucht, zur außerordentlichen Generalversammlung des Bundes, die am Dienstag in Karlsruhe zusammengetreten ist, Regierungsvertreter zu entsenden. Die Minister haben diesen Wunsch jedoch ablehnend beantwortet, „da die Geschäftslage dieser Behörden es nicht gestatte.“ Die Terroristen am Felsich haben darum keinen Grund zur Verdrießlichkeit. Sie wissen, daß die Posadowsky-Regierung ihre Wünsche erfüllt, ehe sie noch ausgesprochen sind. Mehr als das Buchhausgesetz werden die Bescheidenen ja wohl nicht ersehen! —

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Leitung der deutschen Volkspartei in Steiermark hat, einem Privattelegramm der Magdeburger Zeitung zufolge, eine Rundgebung beschlossen, nach der die Deutschen den schärfsten Widerstand im Parlament nicht früher aufgeben sollen, bis 1. die Sprachverordnungen bedingungslos zurückgezogen, 2. durch die Thronrede eine autoritative Versicherung darüber gegeben wird, daß der deutsche Besitzstand niemals wieder im Verordnungswege angetastet würde, 3. Bürgerschaft gegeben worden, daß eine den Forderungen der Deutschen entsprechende Regelung der Sprachenfrage tatsächlich durchgeführt wird. —

Ein unbegreiflicher Charakter scheint der mit unsern belgischen Genossen sympathisierende Abbé Daens, der Führer der belgischen Christlich-Demokraten zu sein. Er erhielt nämlich einen Brief des Generals Bischofs, worin dieser ihn auffordert, seine Kandidatur zu den nächsten Kammerwahlen zurückzuziehen. Daens erwiderte, er kenne die Gewalt des Bischofs in kirchlichen Sachen an, nicht aber in politischen. —

Der Prozeß über das Komplott gegen die französische Republik wird neuesten Pariser Meldungen zufolge nicht vor dem 15. event. erst am 20. Oktober vor dem Senat beginnen und dürfte wohl kaum vor Ende Januar n. S. zu Ende gehen. —

Aus Belgrad meldet das Wiener Telegraphische Korrespondenz-Bureau: An kompetenter Stelle wird die Meldung ausmündlicher Blätter, daß Frankreich und Italien den Wunsch nach Begnadigung der standrechtlich Verurteilten ausgedrückt haben, auf das entschiedenste bestritten und versichert, daß keine auswärtige Macht einen derartigen Schritt unternehmen habe. Was den russischen Geschäftsträger Ransjurow betrifft, so habe derselbe vor seiner Abreise im Laufe eines Gespräches mit dem Ministerpräsidenten bemerkt, seine Regierung würde die Begnadigung der Verurteilten mit Vergnügen sehen. —

Rußland rückt weiter vor. Wie man der Politischen Korrespondenz aus Petersburg meldet, verlautet dort, daß Rußland die Besetzung der Insel Korgado in der Meerenge von Korea beabsichtige, um dort einen Stützpunkt für die russische Flotte zu gewinnen und die Verbindung zwischen Vladivostok und Port Arthur zu sichern.

Nachrichten aus Magdeburg.

Am 26. August d. J. tagte im Müllerschen Lokale eine öffentliche Antischer-Versammlung, welche kurz nach 11 Uhr vom überwachenden Polizeibeamten aufgelöst worden war, wie schon so manche öffentliche Versammlung vorher einem gleichen Schicksal verfiel. Die Leiter der betreffenden Versammlung richteten hierauf folgende Beschwerde an das hiesige Polizei-Präsidium:

Magdeburg, den 5. September 1899.
An das königl. Polizei-Präsidium
zu Magdeburg.

Beschwerde gegen Versammlungs-Auflösung.
Gegen die polizeiliche Auflösung der öffentlichen Antischer-Versammlung vom 26. August 1899, welche hier selbst im Müllerschen Lokale (Tischlergasse) tagte, legen hiermit als Versammlungsleiter die Unterzeichneten Beschwerde ein.

Befagte Versammlung wurde kurz nach 11 Uhr abends vom überwachenden Polizeibeamten ohne Angabe des Grundes aufgelöst. Vor der Auflösung und geschäftsweise erklärte der Beamte, es sei ihm angeteilt, daß öffentliche Versammlungen nur bis 11 Uhr abends tagen dürfen.

Diesen Grund können wir aber als stichhaltig nicht betrachten. Wir sind der Meinung, daß für öffentliche wie für Versammlungen überhaupt nur nach dem Gesetz über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 (§. 277) verfahren werden kann.

Nach diesem Gesetz unterliegen Versammlungen hinsichtlich ihrer Zeitdauer keiner Beschränkung.

Die Polizeibehörde ist für den diesseitigen Bezirk auf 11 Uhr festgelegt. Auf öffentliche Versammlungen kann unserer Meinung nach dieselbe nicht angewendet werden. Jene Verordnung soll lediglich den Schankbetrieb regeln resp. beschränken. Dieses kann geschehen, auch ohne daß die Versammlung aufgelöst wurde. Der Polizeibeamte konnte den Willen des Lokals zwingen, den Schankbetrieb von 11 Uhr ab einzustellen. Die Anwesenden waren nicht Gäste des Wirtes, sondern Besucher (Interessenten) der Versammlung. Den Bescheid auf diese Beschwerde erbitten wir an unsere Adresse zurück.

NB. Wir werden die Frage, ob „öffentliche Versammlungen“ in diesem Bezirk nur bis 11 Uhr tagen dürfen, endgültig zur Entscheidung bringen lassen, wenn der Bescheid des königl. Polizei-Präsidiums unserer Auffassung entgegen ausfallen sollte.

Max Thomas Karl Krone
Thranenberg 2. Stephansbrücke 2.

Als Antwort auf diese Beschwerde ging nach einigen Wochen bei den Beschwerdeführern folgendes Schriftstück ein:

Königliches Polizei-Präsidium. Magdeburg, 4. Oktbr. 1899.
Journ.-Nr. III A 2127.

Sie führen in der Eingabe vom 5. September dieses Jahres Beschwerde über die polizeiliche Auflösung der am 26. August in der Gastwirtschaft von Müller, Tischlergasse 22, abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Antischen und aller im Verlehrsgegenwärtigen beschäftigten Personen. Diese Beschwerde ist begründet, da keiner der im § 5 der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vorgesehenen Gründe zur Auflösung vorgelegen hat. Der Beamte, welcher die Versammlung aufgelöst hat, ist daher befehligt.

In Vertretung: Schulze.
In Zukunft wird demnach jede öffentliche Versammlung, sei es eine Gewerkschaftsversammlung oder eine Volksversammlung, länger als bis um 11 Uhr tagen können. So mancher Uebelstand ist durch obestehende Entscheidung aus der Welt geschafft worden. Hoffen wir, daß diese Entscheidung nicht durch andere Maßnahmen illusorisch gemacht wird. —

Die Zahl der Obdachlosen ist auf 125 gestiegen und es steht zu befürchten, daß dieselbe noch höher steigt. —

Betreffs der Typhus-Verbreitung vermehren wir auch heute noch eine offizielle Mitteilung seitens der Militärbehörde. Aus hiesigen Zeitungen erfahren wir, daß die Zahl der Erkrankten 25 betragen soll. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln sollen getroffen sein, um den Ausbruch einer wirklichen Epidemie zu verhindern. —

Unter den Rathauskolonaden, dem Unterschlupf der Obdachlosen gegen Wind und Wetter, hat die obdachlose Frau Knauth, die sich mit ihren Kindern dafelbst aufhielt, am Freitag nachmittag ein Sparkastenbuch gefunden über einen Betrag von 242.32 Mark lautend. Ohne langes Besinnen übergab sie es dem Fundbureau in der Weinstraßstraße. Nicht man die bedauernde Lage der Frau in Betracht, so ist der kurze Entschluß derselben doppelt hoch anzurechnen. —

Aus Cisterjuch wurde Sonntag nachmittag gegen 6 Uhr im Tanzsaal der „Stadt Köln“ von einem Kamm der Schule entwachsenen Burche ein Sitriolattentat gegen ein junges Mädchen verübt. Der gemeine Burche überhäufte das Mädchen mit Wirtol und brachte

denselben dadurch so schwere Verletzungen bei, daß dessen sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus notwendig wurde. Der Täter entfloß hierauf und überließ, von zahlreichen Personen verfolgt, die Barriere am Eisenbahnübergang in der Nähe des Schwarzen Rastegartens. Als dann suchte er sich in dem dortigen Bahnhofs-Schuppen zu verbergen, wurde jedoch ergriffen und nachdem ihm eine gehörige Prügeln verabreicht worden war, mehreren Schutzleuten übergeben, welche ihn ins Polizeigefängnis abführten. —

Erhoffer hat sich heute morgen im Glacis oberhalb der Hohenbodelener Chaussee der Postunterbeamte G. u. F. e. d. Derselbe in Dörsdorf geboren, ist gegenwärtig in dem Dorfe Ceterich bei Men in Dienst. Die Motive zur That sind noch unbekannt. —

In einem Anfälle von Geistesgekränktheit hat sich der Arbeiter Heinrich Sch. aus dem Fenster des zweiten Stockes eines Hauses in der Brühlstraße gestürzt. Sch., welcher dabei einen Oberschenkelbruch erlitt, wurde in einem Krankenforbe der Alstädtschen Krankenanstalt zugeführt. —

Arbeiter-Misko. Auf einem Neubau in der Friedrichstadt stürzte gestern ein Zimmermann vom Gerüst. Derselbe hat beide Arme gebrochen und außerdem noch eine Rippenverletzung erlitten. Der Unglückliche mußte nach der Alstädtschen Krankenanstalt gebracht werden. —

Infolge großen Stoffandranges, hervorgerufen durch die ausführliche Berichterstattung vom Parteitag, mußte die Montags-Verhandlung vom Prozeß der „Sarmlosen“ zurückgestellt werden. In der nächsten Nummer werden wir das Versäumte nachholen. —

Nachrichten aus der Provinz.

Wahrensdorf. (Feuer.) Die Eichendorfer der Gebr. Schaper ist niedergebrannt. —

Salze a. S. (Havarie.) Der Kettenbagger Nr. 2 bekam am Mittwoch auf seiner Fahrt zwischen hier und Witten ein Rad und ging bei Witten so plötzlich unter, daß die Mannschaft nur das nackte Leben retten konnte. —

Fermersleben. (Geheimnisvoller Fund.) In hiesiger Feldmark am Hirschbergwerder am Eibauer sind ein blaues Kleid, eine Taille und ein baumwollenes Frauenhemd mit Spitzen besetzt gefunden worden. Trotz sofort angestellter Ermittlungen ist die Eigentümerin noch nicht ermittelt, man weiß auch nicht, ob ein Unglücksfall vorliegt. Die Kleidungsstücke werden beim hiesigen Gemeinde-Vorstande aufbewahrt. —

Rönnern. (Aus dem Kinderwagen gestürzt.) In dem Verdeck eines Kinderwagens, der oberhalb der Böschung des „Karnidelsberges“ stand, verfiel sich der Wind und trieb den Wagen mit dem Insassen, einem etwa 1 1/2 Jahr alten Kinde, trotz der Bemühungen des beauftragten Knaben den steilen Abhang hinab. Unten klappte der Wagen um. Das Kind fiel heraus und erlitt einen Schädelbruch und eine Gehirnerkältung. —

Neuhaldensleben. (Unwetter.) Bei dem heftigen Gewitter, das sich am vergangenen Sonntag im „Schwarzen Busch“ zwischen Walsungen und Wiegitz entlief, fuhr ein Wirtsknecht in eine starke Stiche, zerquetschte diese und tötete ein dem Fuhrmann Herbst aus Burg gehöriges Pferd. Der Führer des Gespanns wurde am rechten Arm geklammert. —

Stendal. (Verurteilt.) Wegen Verbrechen gegen § 218 des Str.-G.-B. wurde die uneheliche Anna Sch. von der hiesigen Strafanstalt zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr früherer Dienstherr, der Polizeipräsident R. W., wurde von der Anklage der Anstiftung und Beihilfe freigesprochen. —

Wettmarshausen. (Gefundene Kindesleiche.) Sonntag nachmittag wurde in der Elbe an der Kreuzung die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden, die ungefähr acht Tage im Wasser gelegen haben mag. Das Kind war in einen alten Sack eingewickelt. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Nachen. (Doppelselbstmordversuch.) Hier hat sich ein junges Paar mit Phosphor vergiftet und sich dann die Pulsadern getrennt. Der Mann, ein Belgier, ist eine verkommene Existenz. Seine Wunden sind nicht lebensgefährlich, während die Frau, die eine Russin ist, hoffnungslos darniederliegt. Das Motiv der That ist unbekannt. —

Wschaffenburg. (Berichtigung.) Unrichtig ist die Meldung, daß in Schältruppen in den höchsten Kupfergruben sieben Arbeiter verschüttet und getötet worden seien. —

Berlin. (Zwei Arbeiter verunglückt.) Am Montag wurden in der Landsbergerstraße zwei Arbeiter bei dem Einsturz eines Neubaus verschüttet. Die herbeigerufene Feuerwehr fand die Unglücklichen tot unter dem Trümmerhaufen. —

Koblenz. (Eisenbahnunfälle.) Wie die Koblenzer Zeitung meldet, fuhr gestern in Oberlahnstein eine Lokomotive in einen mit Aufhängern besetzten Zug hinein. Ein Wagen desselben wurde aus dem Geleise geschleudert. Zwölf Personen wurden verletzt, zum Teil erheblich. Nach demselben Blatt entgleiste bei Bacharach ein Personenzug, wobei drei Wagen zertrümmert wurden. Der Lokomotivführer wurde leicht verletzt. —

Mergentheim. (Kindesmörderin.) Beim hiesigen Amtsgericht wurde eine 19 Jahre alte Bürgerstocher aus Herrenzimmern eingeleitet, die unter dem Verdacht steht, vor kurzer Zeit ihr neugeborenes Kind bestigt zu haben. —

Kostock. (Drei Knaben auf der Flucht.) Seit einigen Tagen sind die Knaben Wöh aus Wosow, Schöning aus Wistrow, Grete aus Kostock und Radloff aus Retha aus dem Rettungshaus zu Gschlendorf entwichen. Die Jungen stehen im Alter von 16, 14 bzw. 12 Jahren. Was mag die Flüchtlinge zu diesem Schritte bewogen haben? —

Kleine Chronik.

24 neue Erkrankungen am gelben Fieber und 3 Todesfälle sind am Sonntag in Kiew zu verzeichnen gewesen. —

Am letzten Sonntagabend wütete in einem Teile von Central- und Ostjapan ein Taifun, der großen Schaden an der Ernte und sonstigem Eigentum anrichtete. Ein Zug wurde in der Nähe von Utsu-no-miya von einer Welle in den Fluß hinuntergeweht; sechs Personen wurden getötet und eine größere Anzahl erheblich verletzt. —

Ueber die Affäre Dreyfus hielt am Sonntag Madame Severine im Alhambra-Theater in Brüssel ihren ersten Vortrag. Das äußerst zahlreich erschienene Publikum brachte der Rednerin, die zuerst ihr Schwanen- und dann ihre Ueberzeugung von der Unschuld Dreyfus schilderte, ihre Erlebnisse in Rennes erzählte und ihre Ansichten über Scheurer-Kestner, Picquart, Lator, Mercier und Konforten usw. ansprach, lebhaftest Ovationen. —

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Fernsprech-Anschluß 1409.

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3 1/2—7 1/2 Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfälle, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfassen, Armeerecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Schenkungs- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

Feilenhauer, Mechaniker, Maler, Schieferdecker auf Turmarbeit, Dfenseger, Buchbinder, Schuhmacher auf Herren- und kleine Damenarbeit, Tischler auf Bau und Möbel, Schneider, Barbier, Sattler auf Polster, Drechsler, Mädchen für Buchbinderei und ein Kellnerbursche.

Dreher

Drehmeister, Dreherlehrlinge, Schlosser ufm. 824 welche die Konus- und Gewindeberechnung gründlich erlernen wollen, erhalten Prospekte kostenfrei. — Keine Anmerkungen. — Wiederverkäufer erhalten Netto-Preisliste. — Bish. Umsatz 12000 Exemplare.

Aug. Loss

Gießmaschinen-Halle a. S.

Einige geübte Zwickler

sucht 2775

Hermann Grünberg & Co.

Schuhfabrik. Alte Neustadt.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Vom 1. Oktober ab geöffnet:

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.

Weibliche 10—1 4—7

Fernsprech-Anschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

Arbeiter, Arbeits- und Hausburschen, Acker-, Fuhr- und Hofknechte, Kuchfütterer, Handwerker aller Art und Bäder- und Tischlerlehrlinge.

Weibliche Abteilung:

Arbeitsfrauen und Stellungsuchende weibliche Personen aller Berufe und Stände für häusliche und gewerbliche Arbeiten.

Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle.

Th. Alexander & Co.

59 Breitenweg 59, parterre, 1. Etage, vis-à-vis Otto Klavehn & Co.

Anfhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Winter-Paletots in Eskimo, Floconné, Cheviot und Diagonal.

Winter-Anzüge in Cheviot, Kammgarn, Satin und Diagonal.

Winter-Joppen mit Sammfutter in allen Farben.

Arbeiter-Garderobe für jeden Beruf.

Kolossale Auswahl.

Enorm billigste Preise.

Anfertigung nach Maß.

Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle.

Streng feste Preise.

Streng feste Preise.

2780

Keine nassen Füße mehr
Mache dein Schuhzeug mit
CAVAL
überall zu haben.
wasserdicht - weich u. dauerhaft
Bestes Lederfell - Einzig benutzte Mittel

**Bettbezüge • Bettlaken
Gardinen • Teppiche**

Riesen-Auswahl — Billigste Preise

Carl Friedrich

54 Breite Weg 54

Regenschirme

in größter Auswahl
ganz besonders billig, empfiehlt

Bazar Magdeburg

Jakobs- und Petersstraße-Ecke
Filialen: Budau, Thiemstraße 1,
Wilhelmstadt, Annastraße 2.



Kunstl. Zähne n. m.
Zahnziehen n. m.
Zahnästhet. gestützt
A. Pennigsdorf
Budau 778
Bismarckstr. 1.

Breitenweg 89/90

kauft man zu den denkbar
billigsten Preisen:

Aufbaum und Birken

echte, halbechte und imitierte

Möbel

ebenfalls unter Garantie recht
dauerhaft u. elegant gearbeitet

Polsterwaren

bei **Georg Mook**

Breitenweg 89/90.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerkroßstraße 26. 770

Burg.

Gebraute Kaffees von 70 Pf.
bis 2.00 Mk.

Kaffee, Thee, Zucker,
Kais, Gries, Graupen,
Güldenfrüchte.

Sämtliche Artikel zur Wäsche,
Wohnöl, Speiserüböl,
Zucker, saure Gurken,
Salzheringe, marin. Gerichte,
Margarine in div. Marken.

Sämtliche Gewürze u.
empfehlen billigst 2774

Otto Schulze

Zerbsterstraße 7.

Anheimelnde

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge
behandelt durch

Visser, holländischer Prakt.

Magdeburg, Jakobstr. 3.

Sprechstunden v. 11-4 Uhr; Sonntags
keine Sprechstunden. 2752

Tischler!

Zwei Tischler auf Bau können sofort anfangen bei

Hermann Wille, Tischlermeister

Groß-Öttersleben, Breitenstraße 27. 825

Achtung! **Stenographie.** Achtung!

Die Vorlesungen zur Erlernung der Stenographie finden statt und zwar:

für Neustadt am Mittwoch, den 11. Oktober, in Schalls Restaurant,
Fabrikstraße 5/6.

für Magdeburg am Donnerstag, den 12. Oktober, bei Albert Buchow,
Katharinenstraße 5.

für Budau am Freitag, den 13. Oktober, bei Gustav Bethge, Thiem-
straße 13.

Zahlreichen Besuch erwartet

2776

Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

der **Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen**

am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr
im Saale des Weissen Hirsches, Friedrichsplatz 2.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Bruno Pörsch-Verlin über: Die wirtschaftlichen
Kämpfe der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage. 2. Freie Aussprache.
3. Verschiedenes.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der beiden Stadtteile Neustadt werden ersucht,
zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Öffentliche Versammlung

der **Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen**

am Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr
im Deutschen Hof zu Sudenburg, Michaelstraße 16.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter zur Verbesserung ihrer
Lebenslage. Referent: Bruno Pörsch-Verlin. 2. Freie Aussprache. 3. Revisionen-
Ergänzungsantrag und Verschiedenes.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Sudenburg werden ersucht, in dieser Ver-
sammlung zahlreich zu erscheinen zu wollen. Der Vertrauensmann.

Kranken- u. Sterbekasse der Handwerker

Burg b. M. (E. H.)

Außerordentliche General-Versammlung

am Sonnabend, den 14. Oktober cr, von abends 8 Uhr ab,
im „Hofjäger“ hieselbst. 2711

Tages-Ordnung:
1. Erhöhung der Kassenbeiträge. 2. Sonstiges.

Der Vorstand. Otto Walther, Vorsitzender.

Brautbetten

in eleganter Ausführung
für 24, 28, 36-55 Mk.

Haushalts-Betten
für nur 17, 20 u. 22 Mk.

Ein Posten Bettstellen
mit Matrassen

für nur 20, 28, 33 u. 40 Mk.

Katharinenstr. 8, haupt,

* Futterischweine und Polster sind zu
verlangen bei Frau. Buchhandlung. 89

Vogt's

Schmal- und Speise-
Brotbacken,
Kostlos 21. 2727

Kraft. bill. Rittungs- u. Abendstich.

Ein Klempnergehilfe

welcher auf Gas- und Wasserleitungen
Anlagen eingerichtet, findet Stellung bei
Paul Pohlensänger
Sudenburg, St. Michaelstraße Nr. 1.

* Ein Zimmer
Büch. Lager, Schloßstr. 27, 3 Tr.

Zeitungss- Makulatur

ist billig abzugeben in der
Expedition d. Blattes.

* Febl. möbliertes Zimmer zu verm.
Gr. Dörsdorferstr. 35, n. 3 Tr. bei Kufe

* Anständiges Logis Große Dörs-
dorferstraße 34, n. 1 Tr. Tröster.

* Ein anständiger junger Mann findet Logis
Morgenstraße 19, rechts.

**Küchenzettel des Lehrerinnen- und
Damenheims,**
Breitenweg 82, 1 Tr.

Mittwoch: Griesuppe, Steinpilze, deutsches
Beefsteak, Salzkartoffeln.

Donnerstag: Brühsuppe, gebr. Schellfisch,
Schmortohl, Kartoffeln.

Freitag: Erbsuppe, Schellfisch, Most-
butter, Salzkartoffeln.

Sonnabend: Brühsuppe mit Graupen und
Kindfleisch, Reispfanne, Fruchtsoße.

**Küchenzettel der Magdeburger
Volksküchen**

Sauptwache 5 und Schmidstr. 61.

Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Bohnensuppe m. Hammelfleisch.

Freitag: Schellfisch mit Mostbutter und
Salzkartoffeln.

Sonnabend: Graupensuppe, Hammelfleisch.

Große und Kinder-Volksküchenmarken
sind für Vereine und Herrschaften zur
realsten Unterstützung für Notleidende von
12-2 Uhr in den Volksküchen: Haupt-
wache 5, Neustadt, Schmidstraße 61
zu haben.

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 11. Oktober 1899:
Theater-Konzert.

Donnerstag, den 12. Oktober 1899:
Lohengrin.

Große romantische Oper in 4 Akten von
Richard Wagner.

Walhalla

Jeden Abend:
Abwechselndes

Programm!

2375

Parterre-Saal:

Abends 7 Uhr

Großes Konzert

des
Damen-Orchesters „Kornblume“.

Walhalla!

Freitag, d. 13. Oktober:

Abschieds-Benefiz

für

Max Walden!

2708

für

Max Walden!

2708

für

Max Walden!

Butter! Butter!

feinste und feine Tischbutter

sowie gute Backbutter

empfehlen

in allen Preislagen

L. W. Süder

Große Markstr. u. Stephansbrücke-Ecke.

Hausindustrie und Sozialpolitik.

fg. Der Kampf der organisierten Arbeiter gegen die in jeder Beziehung schädliche Hausindustrie wird immer schärfer geführt, es ist daher erklärlich, wenn Regierung, Parlament, Sozialpolitiker und Unternehmer zu diesem Kampfe Stellung nehmen müssen. Hierzu gezwungen durch die Arbeiter, kann es sich bei der Stellungnahme dieser Faktoren natürlich nicht um ein Entgegenkommen zur Erfüllung der Arbeiterforderungen handeln, sondern sie suchen die Frage, wie das Elend der Hausindustrie beseitigt werden kann, zu verzerren. Günstigenfalls machen einzelne Scheinkonzessionen, um nur ja die reichen Gewinn für die Unternehmer abwerfende Hausarbeit vor dem Verbot zu bewahren.

Seit Jahren kämpft besonders die Arbeiterkassette der Tabakindustrie gegen die Hausarbeit, die geradezu mörderisch wirkt hinsichtlich des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter sowohl, wie auch der Prosperität der ganzen Industrie.

Es steht fest, daß die Hausarbeit in der Tabakindustrie eine der Hauptursachen der Verbreitung der Schwinducht unter den Tabakarbeitern ist. Die Wohnungsverhältnisse der Hausarbeiter, speziell derer auf dem Lande, sind geradezu grauenhaft. Unreinlichkeit, Verpestung der Luft sind die Folge dieser mißlichen Wohnungsverhältnisse, die von den betroffenen Arbeitern selbst nicht beseitigt werden können, weil sie bei den Hungerlöhnen, die gerade den Hausarbeitern gezahlt werden, an die Ermietung besserer Wohnungen gar nicht denken können. Zu diesem Uebelstand tritt die schlechte Ernährung des Körpers — die Hungerlöhne gestatten keine bessere — und der Mangel an Bewegung in frischer Luft. Hausarbeiter müssen nämlich, um in ihrem traurigen Zustande fortvegetieren zu können, sozusagen Tag und Nacht arbeiten. Die Hausarbeit vollzieht also tatsächlich an den in ihr Beschäftigten langjamen Mord.

Aber auch in volkswirtschaftlicher Beziehung wirkt sie hemmend, ja zerlegend auf die ganze Industrie. Die Schundlöhne ermöglichen eine Schund- und Schmuckkonkurrenz. Wie oft klagen nicht die soliden Fabrikanten über diese niederdrückende, verwüstende Konkurrenz. Sie wirkt wie eine Schraube ohne Ende. Um die der Schmuckkonkurrenz anheimgefallenen Warenkäufer wieder zu gewinnen, greift der frühere Warenlieferant zu allerhand Praktiken, d. h. er sucht die Schmuckkonkurrenz mit geschäftlichen Kniffen und Unrechlichkeiten oder stärkerer Arbeiterausbeutung auszustechen. Dieses Verfahren muß die ganze Industrie schädigen. Am meisten haben jedoch die Arbeiter darunter zu leiden. Wollen die Unternehmer die höher als die Hausarbeiterlöhne stehenden Fabriklöhne nicht mehr zahlen, dann geben sie Hausarbeit an die Arbeiter. Darum hat die Hausarbeit in der Cigarrenindustrie ungeheure Ausbreitung erlangt. Und immer noch nimmt sie an Ausdehnung zu. Erklärlich, wenn nun die Tabakarbeiter heftig dagegen ankämpfen und das gesetzliche Verbot der Hausarbeit fordern.

Diese Forderung hat die organisierten Unternehmer der Tabakindustrie, den Deutschen Tabakverein, veranlaßt, ihr näher zu treten. Wie? das ist aus dem Protokoll der diesjährigen Generalversammlung des Vereins zu ersehen. Thöricht, zu glauben, Unternehmer könnten aus Humanität und Arbeiterfreundlichkeit mitwirken zur Beseitigung der himmelschreienden Uebelstände der Ausarbeit.

Unter Assistentz des Regierungsrates Herrn Koch faßte die diesjährige Generalversammlung folgende Beschlüsse:

Sinnschlichtend der in der Hausarbeit beschäftigten Personen ist zur Berücksichtigung zu empfehlen:

a. Mit einem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von minderjährigen Arbeitern erklärt sich der Deutsche Tabakverein insoweit einverstanden, als es sich um die Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren handelt. Ebenso damit, daß Fürsorge getroffen wird, daß die gesetzlichen Bestimmungen, wonach Kinder unter 13 bzw. 14 Jahren in den Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen, dann auch auf die Hausindustrie Anwendung finden, wenn die Beschäftigung fremder Kinder in Frage kommt.

b. Selbständige Hausarbeit in der Cigarrenindustrie darf nur von großjährigsten Personen ausgeübt werden. Abweichungen hiervon können in Rücksicht auf besondere Verhältnisse von der Verwaltungsbehörde auf Widerruf gestattet werden.

Ist der erste Beschluß geradezu eine Anweisung der Eltern, ihre eigenen Kinder für die profitgierige Unternehmerruppe zur Ausbeutung selbst heranzuziehen, so zeigt der zweite Beschluß, wie man den Widerstand gegen das Verbot der Hausarbeit mit einer Scheinkonzession verbrämt. Minderjährige, die nicht selbständig Hausarbeit annehmen dürfen, werden unter der scheinbaren Anstellung und Aufsicht Großjähriger Hausarbeit verrichten.

Die Kinderarbeit macht die Hausarbeit billiger, denn die Arbeiter-Eltern rechnen die Arbeit ihrer Kinder, mag sie auch noch so anstrengend und aufreibend sein, nicht in Lohn um. Deswegen wäre ein Verbot der Kinderarbeit schon ein arger Stoß gegen die Hausarbeit. Dazu kann sich ein gewinnliebendes Fabrikantengemüt nicht aufschwingen.

Fabrikant Schinck, Frankenberg i. S., verstieg sich sogar zu folgenden Aeußerungen: Vom allgemeinen Standpunkt haben wir diese Arbeit auch nicht für so sehr bedenklich erachtet; meistens ist es so, daß die Kinder nicht so übermäßig in der Schule angestrengt sind, in der Regel nur 4 Stunden täglich, und daß auch die Hausaufgaben wenig Zeit erfordern. Wenn man dagegen berücksichtigt, wie Schüler höherer Lehranstalten im gleichen Alter durch Schule und Schulaufgaben in Anspruch genommen sind, so wird man anerkennen müssen, daß die Kinder ein wenig Hausarbeit, 2 bis 3 Stunden täglich, ganz gut verrichten können. Dies ist unter Umständen mehr wohlthätig als schädlich, weil häufig Mutter und Vater außerhalb des Hauses arbeiten und so die meist mangelhaft beaufsichtigten Kinder dem Straßenleben doch etwas entzogen werden. Wenn es möglich ist, würden wir bitten, daß von Seiten der Reichsregierung auf diese Verhältnisse Rücksicht genommen wird und daß uns diese Kinderarbeit nicht unterbunden wird.

Man muß staunen über die Unverschämtheit, mit der die Sucht, aus der Kinderarbeit Vorteil zu ziehen, hier hervortritt. Vater und Mutter arbeiten meist außer dem Hause und die Kinder müssen deshalb in der elterlichen Wohnung in den Dienst des Unternehmertums gespannt werden. Und das wird dann noch als eine Wohlthat bezeichnet: Hohn, blutiger Hohn klingt aus dieser Fabrikantenrede für die Arbeiter heraus, denn bedauernswert sind danach nur die Kinder der Reichen, die auf den höheren Lehranstalten sich fast zu Tode — denken müssen. Die ganze soziale Lage der Arbeiter wird mit dieser Schilderung, die nur wiedergibt, was die Klaffengenossen des Redners denken, grell beleuchtet. Keine Erziehung der Kinder, weil Vater und Mutter zur Ernährung der Familie frohden müssen; kein Familienleben, geringe Schulbildung und materielle Not, wirtschaftliches Elend noch obendrein. Und

anstatt dieses Elend, diese Not zu beseitigen, Verschärfung derselben durch Hausarbeit und Kinderarbeit!

Und die Regierung?

Herr Geh. Oberregierungsrat Dr. Wilhelm, der die Regierung auf jener Generalversammlung mit vertrat, erklärte, er habe aus dem Verlaufe der Debatte den Schluß gezogen, daß bei den anwesenden Vertretern der Industrie ein Bedürfnis für den Erlass eines Verbotes nicht empfunden werden, aber als Meinung der Herren glaube er feststellen zu dürfen, daß ein solches Verbot begründet wäre. Abgesehen von der gewundenen, die Sache verzerrenden Sprache — ist etwa ein Verbot der Hausarbeit gemeint? Keineswegs! Es handelte sich bei dieser Erklärung um folgenden Antrag zur Milderung der Schäden der Hausarbeit:

Ein vom Arbeitsraum abgegrenzter Trockenraum ist nicht erforderlich. Dagegen ist die Trocknung der Tabake über dem Ofen des Arbeitsraumes nicht gestattet.

Großartig! Wo soll nun getrocknet werden? Im Schlafraum? Da giebt's bei den Armen keinen Ofen, darum trocknet der Tabak auch dort nicht. Auf dem Oberboden? Derselbe Mißerfolg! Wo also? — Es scheint, die Herren Fabrikanten verstehen garnichts von der Fabrikation der „mit ihrem Kapital“ hergestellten Waren, sonst könnten sie unmöglich dergleichen Beschlüsse fassen. Aber den Regierungsvorstretern war es „interessant, die Anschauungen der Herren über diese Frage zu hören.“ So studiert die Regierung Sozialpolitik! Zwar sagte Herr Dr. Wilhelm, die Regierung stelle Untersuchungen über die Hausindustrie an; aber wie? Die Unternehmer sind die Auskunftgeber bei dieser Untersuchung, da kann nichts Vernünftiges herauskommen.

Regierung und Unternehmer gehen Arm in Arm in diesen Dingen, was soll denn im Parlament für die Arbeiter herauspringen! Dort giebt es dann wohl einige von Arbeiterfreundlichkeit triefende Reden, aber gesetzliche Schutzbestimmungen deshalb noch lange nicht. Jahrelang hinzugezogene Enqueten tragen mit zur Verschleppung einer Aenderung bei, inzwischen mögen die Arbeiter sterben oder verderben.

Nun hat vor mehreren Tagen eine andere Kategorie von Sozialpolitikern die Frage der Hausindustrie behandelt: Der Verein für Sozialpolitik, der seine Generalversammlung abhielt. Wir erkennen an, daß einzelne Herren der Hausindustrie zu Seibe gehen und speziell die Referenten, Herr Dr. Alfred Weber-Berlin und Professor Philippovich-Wien, die Schäden der Hausindustrie aufdeckten. Dr. Weber meinte zutreffend, „ein Kulturstaat hat kein Interesse an der Erhaltung der Hausindustrie, vielmehr ein solches an ihrer Beseitigung, denn sie drückt die Lebenslage der Arbeiter auf das tiefste herab.“ Prof. Philippovich, der merkwürdigerweise „vom Produktionsstandpunkt nichts gegen die Hausindustrie einzuwenden“ hat, will die Gewerbeinspektion auf die Hausarbeit ausgedehnt wissen, „Werksstättenpolitik, nicht Handwerks-, Fabrik- und Hausindustriepolitik sollte getrieben werden.“ Und Freiherr v. Berlepsch, Minister a. D., sprach einem Teile der Hausindustrie die Existenzberechtigung ab, z. B. der im Eichsfeld und der Weiber-Hausindustrie im Eulengebirge, aber daraus folge noch nicht ein gesetzliches Verbot sämtlicher Heimarbeit — kurz es fielen eine Reihe gelehrter ansiehender Aussprüche und ein

Genilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(112. Fortsetzung.)

„Ich werde schwärzen“, Helene hielt ihm die Hand hin. Der kleine Mann ergriff sie und führte Helene nach dem Sopha. Er setzte sich neben sie und nahm aus seiner Brusttasche einen Zettel, den er ihr vor die Augen hielt.

Es war ein Verzeichnis von Lebensmitteln — Quantität und Qualität genau angegeben. . . . weiteres von einigen Küchengeräten, namentlich Geschirr. Sie sollte das alles besorgen; dann fuhr er in diktatorischer Weise fort:

„Wenn Sie das einkaufen, werden Sie ein Häubchen aufsetzen, ein Tuch umnehmen, oder so etwas, vielleicht auch eine Schürze vorbinden, damit Sie aussehen wie eine Wirtschafterin oder so etwas. . . . diese Stirnlöcherchen da machen Sie besser fort, Sie brauchen niemand zu bezaubern.“

„Ich werde mir einen Scheitel machen — so vielleicht?“

„Das ist gut, das macht Sie viel älter. . . . Wenn Sie eingekauft haben, fahren Sie mit dem ganzen Krenkel nach dem Bahnhofe und lösen ein Billet nach —“ der Name wollte ihm nicht über die Lippen — „nach Winterthur“, sagte er dann mit einiger Anstrengung.

„Nach Winterthur“, wiederholte sie.

Der rote Postmeister fuhr auf, als hätte man ihn gestochen.

„Ich möchte Sie doch bitten, den Namen erst wieder auszusprechen, wenn Sie Ihr Billet lösen. . . . Sind Sie an Ort und Stelle, sehen Sie sich nach einem Wagen um. Unter der großen Anzahl von Fahrgelegenheiten, die am Bahnhofe die Passagiere erwarten, werden Sie ein kleines ländliches Wägelchen entdecken. Der Kutscher wird ein Büschel roter Nelken am Güte haben und Sie militärisch begrüßen. Sie werden ihn fragen: „Wen erwarten Sie?“ und wenn er darauf antwortet: „Die Schloßfrau“, dann ist die Sache in

Ordnung. Dann lassen Sie Ihre sieben Sachen auf den Wagen schaffen, setzen sich selbst dazu und fort — ins Land hinein!“

Helene hatte aufmerksam zugehört.

„Wohin?“ fragte sie gespannt.

„Direkt auf Ihr Schloß.“

„Haben Sie vergessen, daß Sie die Schloßfrau sind?“

Ueberlassen Sie sich nur getrost Ihrem Führer und „bald grüßt Sie die herrenlose Burg.“ Es ist ein uraltes Raubritterschloß, mit dem ich Euer Gnaden hiermit feierlichst belehne. Abwärts von der Heerstraße steht es, einsam auf einem Hügel, versteckt hinter Bäumen — seine Hallen sind öde und leer — unheimlich hallen die Tritte — und aus dem halbverfallenen Thurm dringt zur Nachtzeit das Geschrei der Kätzchen und Gledermäuse. . . . Der phantastiebegabte Schilderer hielt inne und fixierte sie scharf und ein wenig boßhaft — „ich hoffe, Sie werden sich doch nicht fürchten?“

Helene lächelte.

„Sie stellen mich ziemlich hart auf die Probe. . . . Wenn ich nur wüßte, was ich in meinem uralten Schlosse vorbringen soll.“

„Habe ich es Ihnen nicht schon gesagt? Kochen sollen Sie, edle Herrin, nichts als Kochen. . . .“ Er rückte ihr näher, berührte leicht und wie beruhigend ihre Hand, während er ihr geheimnisvoll zublinzelte.

„Die Sache ist einfach und kinderleicht. . . . Eine Schar kampflustiger Ritter werden sich auf Ihrem Schlosse zu einem Turnier zusammenfinden. . . . und als tüchtige Schloßfrau müssen Sie für ihre Unterkunft Sorge tragen. Meine Ritter sind zwar genügsame Kerle, aber hungrig trotz alledem. Und wenn ihrer so sechzig bis siebzig zusammenkommen und mehrere Tage verbleiben, dann braucht es schon etwas, um ihren Magen zu füllen. . . . Auch für den Trunk muß vorgesorgt werden, damit wir nicht ausdörren, wenn die Kämpfe hitziger werden. Und für die Nacht brauchen wir eine Lagerstatt. . . . ganz primitiv, wenn wir uns nur ausstrecken können — das genügt. Bekommen wir Stroh, dann werden wir es dankbar genießen.“

„Genießen?“

„Sie verstehen mich schon.“

„Ja, ich verstehe Sie“, sagte Helene lachend.

„Ihr Knappe wird Ihnen getreulich helfen. Er wird für den Ritteraal Tische und Bänke zimmern und für die Beleuchtung Sorge tragen, während Euer Gnaden in der Küche Ihre Guld über uns wachen lassen. . . . Wollen Sie also?“

„Ja, ich will“, sagte Helene fest, „und ich freue mich, daß Sie mich dazu ausersehen haben, ich werde mir Ihr Vertrauen zu verdienen suchen.“

„Geben Sie mir die Hand, der Pakt ist geschlossen.“

„Sie haben nur Eines vergessen, lieber Onkel.“

„Was wäre das?“

„Sie haben mir den Namen meines Schlosses noch nicht genannt.“

Der rote Postmeister drehte seinen Schnurrbart zu einer noch kühneren Spitze aufwärts und lächelte höhnisch.

„O, den entzieht mir Niemand.“

„Ich muß ihn doch wissen.“

„Gar nicht nötig. Ihr Knappe und Kutscher, den ich gleichzeitig zum Kastellan ernannt habe, wird Sie dahin bringen.“

„Hoffentlich nicht mit verbundenen Augen?“

Er hatte ein lustiges Lachen. „Bewahre, die müssen Sie im Gegenteil groß aufmachen, damit Sie sehen, daß Ihnen nicht vielleicht ein preussischer Reichspöbel folge. . . . und nun will ich Ihnen den Wammon ausfolgen.“

Er seufzte. Es kostete ihm stets große Ueberwindung, Geld aus der Partekasse zu nehmen, aber er setzte sich tröstend hinzu: „Das kriegen wir wieder — denn jeder Ritter muß zahlen. . . . Und nun sage ich, Gott befohlen, edle Frau, und halten Sie reinen Mund.“

„Aber, bester Onkel, das ist selbstverständlich, ich weiß ja gar nichts.“

Er kniff die Augen zusammen:

„Das ist das Richtige.“

(Fortsetzung folgt.)

bischen Mitleid für die ausgebeuteten Hausarbeiter verbreitete einen schwachen Schein von Arbeiterfreundlichkeit über die erleuchtete Versammlung, aber für die Arbeiter hat das alles nur zweifelhaften Wert.

Die Sozialpolitik der Regierung, der bürgerlichen Parlamentarier, der Unternehmer und Gelehrten greift nicht an die Wurzel des Übels, das den Arbeitern in der bürgerlichen Gesellschaft aufgehaßt wird. Betrachten wir als Sozialdemokraten das Verbot der Hausarbeit vorerst in den schädlichsten Fällen als eine kleine Erleichterung resp. Abmilderung an die Arbeiter, so können sich die oben genannten Kreise nicht einmal dazu entschließen. Die Sozialpolitik der Arbeiter wird sich auch diese Konzession schwer erkämpfen müssen. Daß dieser Kampf geführt werden muß, das allein straft die zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit der herrschenden Klasse Lügen.

Aus der Parteibewegung.

Unter dem neuesten Kurs. Im Monat September wurden nach der Zusammenstellung des Parteivorstandes an Strafen auf parteipolitischen und gewerkschaftlichen Gebiete erkannt auf 20 Jahre 4 Monate 12 Wochen 4 Tage Gefängnis und 940 Mark Geldstrafen.

Mindestjährige und Frauen dürfen in Anhalt an politischen Versammlungen teilnehmen. Drei mindestjährige Genossen in Harzgerode waren wegen Teilnahme an politischen Versammlungen angeklagt. Dieselben wurden nun am Freitag auf Antrag des Staatsanwalts freigesprochen.

Aus Jena berichtet die Erfurter Tribüne: Die hiesige Filiale des deutschen Maurerverbandes hatte auf Freitagabend eine öffentliche Versammlung nach der „Krone“ einberufen. In derselben sollte der Maurer J. Müller aus Essen a. d. Ruhr einen Vortrag über „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Maurer Deutschlands“ halten. Aber die Maurer denken und Oberbürgermeister Singer lenkt, wie nachstehend dokumentiert wird:

Jena, 4. Oktober 1899.

Der Gemeindevorstand
der Residenz- und Universitätsstadt
Jena.

Die Abhaltung der für Freitag, den 6. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr in der „Krone“ angekündigten Versammlung der Maurer wird hierdurch ausdrücklich verboten, da der Redner als sozialdemokratischer Agitator bekannt, auch als Redner bereits vorhergeprägt ist.

Singer
Oberbürgermeister.

In Sachsen-Weimar wird nun bald der Rekord in der Bekämpfung der Arbeiterchaft erreicht sein. Aber nur zum Nachteil der Arbeiter. Die Sozialdemokratie hat härtere und gefährlichere Feinde überlebt, als es die Stadtoberhäupter in Sachsen-Weimar-Eisenach sind! Arbeiter, schart Euch zusammen, organisiert Euch politisch und gewerkschaftlich und der erste Schritt zur Bekämpfung der Reaktion ist gethan!

Der „sozialdemokratische“ Stadtverordnete. Der Herr Stadtverordnete Langenberg in Weimar war bekanntlich aus Anlaß seiner Beteiligung am Empfang des Kaisers von der bürgerlichen Presse zum Sozialdemokraten gestempelt worden und daran hatte man die üblichen Kommentare über Hinausfliegen und dergleichen geknüpft. Herr Langenberg hat jetzt das Solinger Parteiblatt aus Anlaß dieser Affäre wegen Verleumdung verklagt. Wird das gerichtlich zum Beweise, daß Herr Langenberg mit unserer Partei nichts zu thun hat?

Mit Bezug auf die Meldung vom Tode des trefflichen Genossen Mac Carthy sei noch nachgetragen, daß die Verdrängung dieses um die Organisation der „ungelehrten“ Arbeiter und die Ausbreitung des Sozialismus hochverdienten Mannes sich zu einer großartigen Demonstration gestaltete, an der sich alle Ektionen der Arbeiterbewegung, alle Fraktionen der englischen Sozialdemokratie gleichmäßig beteiligten. John Burns, Tom Mann, Ben Tiller, die mit ihm den großen Vortritt geführt, trugen neben anderen Vertretern die Borte des Verstorbenen und widmeten seinem Andenken an der Begräbnisstätte eindrucksvolle Ansprachen, wobei noch zu bemerken ist, daß Burns, einem von Mac Carthy auf seinem Sterbebette gesungenen Wunsche folgend, in seiner Rede einen warmen Appell zu Gunsten einer Einigung der sozialistischen Fraktionen einlegte. Daß Mac Carthy beiden politischen Fraktionen der englischen Sozialdemokratie angehörte, ward schon berichtet, und ebenso, daß er mittellos starb. Es wird unter Londoner Sozialisten und Gewerkschaften zu einem kleinen Fonds für seine Witwe gesammelt.

Politisches, Gerichtliches etc.

Mißbrauch der Kasse als politischer Agitation. Die Kasse des als verantwortlicher Redakteur des Volkspreises in Karlsruhe einem Gefängnis vorgeworfen. Dieser hatte nämlich in einer Predigt, deren Kontext in der Verhandlung vorgelesen wurde, vor „leichten Schwärmern und Verführern“ gewarnt, die „in sozialdemokratischen Versammlungen das zum Teil halb bestimmte Publikum durcheinander wahren“. Der Gefängnis-Kasse wegen Verleumdung und des Gerichts verurteilt. Der von Kasse gegen den Gefängnis erhobene Vorwurf sei eine schwere Verleumdung. „Der Gefängnis“, so sagte der Vorsitzende, „ist berechtigt, auf der Kasse und an anderen Orten sich gegen Verleumdungen zu wehren, welche gegen den Staat und die Religion gerichtet sind.“ Wo soll er doch politische Agitation auf der Kasse treiben?

Aus dem Parteileben.

Im Monat September gingen bei dem Parteivorstande 20 Briefe ein, folgende Parteimitglieder ein: 1. Berlin, 2. Berlin, 3. Berlin, 4. Berlin, 5. Berlin, 6. Berlin, 7. Berlin, 8. Berlin, 9. Berlin, 10. Berlin, 11. Berlin, 12. Berlin, 13. Berlin, 14. Berlin, 15. Berlin, 16. Berlin, 17. Berlin, 18. Berlin, 19. Berlin, 20. Berlin.

Polenlicht 150.—. Berlin, dieser Beiträge: Nachschick 5.—. Zivil-berufsmüller 21.15. Dr. L. A. 50.—. Fünf Gutmacher, Königsr. 25. 10.—. Bronze, Mitterstr. 93.—. desgl. Bierprotekte 29.—. Ca. 122.—. Note Buchbinder, Grünstraße, 5.—. L. u. S. 10.—. Cigarettenfabrik v. R. Schulz, Friedrichsstraße 21, 10.50. A. B. 50.—. B. S. 50.—. Von den Mitgl. der Gewerkschaft der Buchbinder im Vorwärts 15.—. Von den Mitgl. des Verbandes deutscher Buchbinder im Vorwärts 150.—. Tonblüte 6.60. Morgenrot, Köpenick, 4.50. Von den Mitgl. der U.-Dr. Aug.-Sept. 13.30. Dntel 1.—. Vertheilung von M. Bading 20.—. F. B. 0.50. Breslau, Mithrasgilde der Volkswacht 1000.—. Bader bei Hannover 2.20. Barth a. Dfsee 12.—. Bernburg 10.—. Bern 50.—. Braunschweig, v. d. Genossen der Stadt Br. durch den Vertrauensmann D. 200.—. Bremen, von Parteigenossen 300.—. Breslau, von einem ehemaligen Gewerkschaftler, 3. Quarantänebeitrag 3.—. Bamberg, Jäcklein Hofbach 5.—. Calbe, b. d. Vertrauensmann, dar. 13.25 für Löttau, 33.25. Coblenz, Parteibeitrag 10.—. Crimmitschau, Markreiter 2.—. Dortmund, von Gewerkschaftlern für Löttau gesammelt 29.35. Eppendorf, Wapstr. Bochum, Veritas 10.—. Falkenberg (Oberh.) 2.—. Frankenhäuser a. R. 10.—. Freiburg i. S. von baderischen Genossen 20.—. Greiz, Wahlkreis Reuß a. L. 50.—. Guben, durch den Vertrauensmann 5.—. Götting 150.—. Genf, ein Deutscher 60.40. Greiz, unter allen Wipfeln ist Ruh! Ein Vogtländer 100.—. Gornsdorf i. S., Note Garde 2.80. Gießen, E. R. 10.—. Graubenz, Ungenannt 7.95. Hamburg, 3. Wahlkreis 3000.—. Heddenheim, 1. nassauischer Wahlkreis 50.—. Hacht bei Bremen, v. d. Parteigenossen 10.—. Hamburg, im Monat Sept. in der Exped. d. Echo eingeg. 99.95. Jena, 3. Weimarer Wahlkreis, 3. Quartal, 30.—. Kuppelbrecher, durch A. L. 11.—. Leipzig, 12. u. 13. jährlicher Reichstags- Wahlkreis 2000.—. Leisnig, Geburtstag von Lobe u. Ferri 5.—. Leisnig, d. E. B. 15.—. Lüneburg, v. d. Parteigenossen 20.—. Luxemburg, L. 200.—. Mittweida, C. R. 10.—. München, Wahlkreiser 5.—. München i. B., für kommende Reichstagswahl 1.50. Mithrasgilde i. B., bei einer Hochzeit gesammelt 5.—. Memel, von Parteigenossen 30.—. Nürnberg, noch für Löttau gesammelt 23.17. Neubamm, vom Vertrauensmann 17.10. Oslau 50.—. Offenbach i. Baden, von einem alten Offenbacher 2.25. Reichenbach i. B., durch den Vertr. 50.—. Ritzgenhain, Bl., Rindtaupe d. H. B. 1.50. Rottorf i. M., v. Parteigenossen 100.—. Ronsdorf d. d. Vertr. 5.—. Schönebeck a. E., d. d. Vertr. 20.—. Stuttgart, G. L. 10.—. Solingen, d. d. Vertr. 30.—. Tönisheide, d. A. B. 20.—. Waldheim, von Parteigenossen 30.—. Württemberg 50.—. Würden, A. B. 1.—. F. S. 1.—. L. S. 0.50. Sa. 2.50. Zwickau, aus dem jüngsten Wapstr. 1.40. Zeit, Sparlohnbuch von einigen alten Genossen durch J. G. 82.16.

Soziale Bewegung.

Inland.

In den Kautabaffabriken Nordhausens befinden sich die Arbeiter in Lohnbifferenzen. Weitere Meldungen liegen bis jetzt nicht vor.

Der Ausstand der Lederarbeiter in Bitter, der seitens der Arbeitgeber im wahren Sinne des Wortes zu einer Nachfrage gestempelt ist, dauert nun bereits die 18. Woche. Unterhandlungen, die von den Arbeitern angebahnt wurden, sind gescheitert. Die Arbeiter sollen, das ist das Prinzip der Arbeitgeber, ausgehungert werden und alsdann sich willenslos in die Wünsche der Unternehmer fügen. Die Arbeiter stehen trotz des achtzehnwöchentlichen Kampfes ungebeugt da. Keiner ist umgefallen und keiner will zu den von den Unternehmern gestellten Bedingungen: 15—30 Prozent Lohnabzug, Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden und Austritt aus der Organisation, die Arbeit aufnehmen. Eine geheime Abstimmung darüber, ob die Arbeit unter solchen Bedingungen aufgenommen werden soll, ergab, daß 428 mit nein und eine Stimme mit ja stimmte. Gewiß ein Zeichen von Einigkeit und Tapferkeit in einem so schweren und langwierigen Kampf. Gegenwärtig befindet sich die Koblebergerlei in der besten Konjunktur und die Kunden können durchaus nicht befriedigt werden. Der Schaden, welcher dem Arbeitgeber erwächst, ist unermesslich. Die Millionen selbst dieser Hamburger Großkaufleute schmelzen beträchtlich zusammen. In Anbetracht dieser Thatfachen sind die Lederarbeiter gezwungen, den Kampf fortzuführen. Die Lederarbeiter hoffen, daß das so oft bewiesene Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiterchaft für kämpfende Brüder des In- und Auslandes auch in diesem Falle nicht versagen möge. Die Lederarbeiter haben stets dort, wo es galt, die Interessen der Arbeiterchaft wahrzunehmen, ihre Pflicht erfüllt und werden das auch für die Folge thun. Gelänge es dem Unternehmertum seine Forderungen durchzusetzen, müßten die Arbeiter in diesem ihnen aufgedrungenen Abwehrkampf unterliegen, so hieße das für die Organisation der Lederarbeiter mehr als einen schweren Rückschlag auf Jahre hinaus; selbst die politische Bewegung für Schleswig-Holstein hätte darunter zu leiden, da die gut organisierten Lederarbeiter auch den Stimm für politische Leben bilden.

Seit vier Wochen liegen die Posamentiere Berlins im Streik. Die Forderungen sind neunstündige Arbeitszeit, 27 Mark Minimallohn. Bei 17 Firmen mit 90 Gesellen wird bereits zu den neuen Bedingungen gearbeitet, 14 Firmen mit 65 Gesellen stehen noch im Ausstand. Trotzdem dieselben die Forderungen der Gesellen für gerecht und zeitgemäß anerkennen, so läßt es ihr Herrschaft doch nicht zu, die Forderungen zu bewilligen. 100 Mark Konventionalstrafe trifft denjenigen, welcher einen Streikenden in Arbeit nimmt, desgleichen denjenigen, welcher Arbeit für einen Landen anfertigt, bei welchem die Arbeit niedergelegt ist usw. Da es den Unternehmern nur in einzelnen Fällen gelungen ist, Arbeitskräfte aus der Provinz heranzuziehen, so versuchen sie es nun im Auslande. So ist ein Herr Hugo Kander nach Wien, Budapest und Prag gereist, um alles, was er an Arbeitskräften nur finden kann, nach Berlin zu schleppen.

Der Glaserstreik in Darmstadt dauert noch immer fort. Die Verhandlungen scheiterten an der Forderung eines Minimallohnes für selbständige Gesellen, den die Lohnkommission auf 40 Pfg. pro Stunde festsetzte, während die Meister nur 38 Pfg. geben wollen, ein Lohn, der schon seit langer Zeit bezahlt wird.

Der angeblich zufriedenstellende Geschäftsgang eines Zweiges der Maschinenfabrikantenbranche des Vogtlandes bewogen die Käufchen-Züchler daraufhin zu einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben die Fabrikanten (d. h. jene, die die handgewerblich hergestellten Teile aufkaufen und zusammenstellen) das Entschließen zur Preissteigerung gestellt. Begründet wird diese Forderung mit dem Vorgehen der Gesellen, die am 7. Oktober die Arbeit einstellen wollten, wenn

die jetzt 18stündige Arbeitszeit nicht auf 11 Stunden vermindert wird und der jetzt ca. 7 Mark betragende Wochenlohn um 25 Prozent erhöht wird. Daß diese Arbeitsverhältnisse traurig sind, und mit 7 Mark keine Familie ernährt werden kann, geben auch die Fabrikanten zu, sie behaupten aber, die Instrumente könnten nur einen geringen Preisaufschlag ertragen.

Die Lüneburger Straßammer verurteilte zwei Maurer zu 2 Monaten bzw. 14 Tagen Gefängnis, weil sie einen Arbeitswilligen bedroht bzw. Hausfriedensbruch verübt haben sollten.

Die Stuttsarbeiter von Gmünd sind in eine Bewegung eingetreten. Sie fordern die 10stündige Arbeitszeit; für Ueberstunden bis zu 3 Stunden pro Tag 33 1/3 Prozent Aufschlag, für weitere 50 Prozent; Montags und Sonntags dürfen Ueberstunden nicht gemacht werden. Das sind die Hauptforderungen, die aber von den Fabrikanten samt und sonders abgelehnt worden sind. Die Arbeiter sind hierauf in den Streik eingetreten; die Bevölkerung, die nicht unweilend von dem Ausstand in Mitleidenschaft gebracht ist, bringt der Arbeiterchaft große Sympathien entgegen. Nachträglich hat ein Fabrikant bewilligt.

Ausland.

200 Italiener streikten am Albulatunnel (Kanton Graubünden) wegen Anstellung eines neuen Unteraccordanten. Sie verbarrikadierten den Tunnaleingang, verhielten sich im übrigen aber ruhig. Die Polizei ließ die Wirtschaften schließen und ermahnte die Arbeiter zur Ruhe, der Streik wurde nach dreitägiger Dauer wieder beendet, jedoch ist noch nicht bekannt, mit welchem Erfolg.

Wie Proletarierkinder aufwachsen. Die Gewerbeinspektion für die Regierungsbezirke Hildesheim und Lüneburg hatte, wie in dem Bericht der preussischen Gewerbeinspektion pro 1898 mitgeteilt wird, beabsichtigt, eine Enquete über die Unterbringung der Kinder der in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen vorzunehmen. Die Ermittlungen wurden abgebrochen, als bekannt wurde, daß für das Jahr 1899 eine allgemeine Erhebung über die Beschäftigung verheirateter Arbeiterinnen geplant sei. Der Gewerbeinspektor für Hildesheim hatte seine Erhebungen jedoch schon so weit ausgedehnt, daß er in der Lage ist, einige Zahlen mitzuteilen. Es ist ein trauriges Bild, das diese Zahlen zeigen! Die Erhebungen erstrecken sich auf 47 Anlagen mit 608 Arbeiterinnen über 16 Jahre. Davon waren ledig 327 oder 53,8 Prozent, verheiratet 228 oder 37,5 Prozent, verheiratet 53 oder 8,7 Prozent. Nur bei den Verheirateten und Witwen wurde nachgefragt, wie die Kinder während der Beschäftigung der Mutter untergebracht waren, als ob nicht eine ganze Anzahl lediger Arbeiterinnen auch Kinder hätte, denen es in der Regel weit schlimmer geht als denjenigen der Verheirateten! Die Gesamtzahl der Kinder unter 14 Jahren beträgt 351, von diesen waren 162 weniger als 6 Jahre alt. Von den letzteren war 1 (ein Säugling) ohne jede Beaufsichtigung; 22 Kinder oder 14,5 Prozent waren lediglich auf die Beaufsichtigung durch schulpflichtige Geschwister angewiesen, also auch während des größten Teiles des Tages ohne jede Aufsicht, 38 Kinder oder 23,5 Prozent waren in Pflege gegeben, wofür die Mütter zum Teil erhebliche Aufwendungen machen mußten. So hatte z. B. eine Arbeiterin für Beaufsichtigung eines halbjährigen und eines fünfjährigen Kindes, ausschließlich Beschäftigung, wöchentlich 3.50 Mark, nahezu die Hälfte ihres Wochenlohnes zu zahlen. 62,3 Prozent der Kinder unter 16 Jahren stand unter Aufsicht erwachsener, oder über 14 Jahre alter Familienmitglieder. Wie die Aufsicht beschaffen war, darüber sagt der Bericht nichts. Von den Kindern von 6—14 Jahren waren nahezu 40 Prozent ohne jede Aufsicht. So wuchsen die Kinder des Proletariats heran. Des Lebens Not zwingt Vater und Mutter tagtäglich zu harter Frohn. Während sie dem Unternehmer schönes blinkendes Gold erarbeiten, ihn in den Stand setzen, in Luxus zu schwelgen, seinen Kindern die beste Pflege und Erziehung angedeihen zu lassen, bleiben ihre eigenen Kinder sich selbst überlassen, wachsen heran, ohne Anleitung, ohne Pflege, ohne regelmäßige, kräftige Nahrung, ohne die notwendige Sauberkeit. Und wenn einmal die Gelegenheit besonders günstig ist, dann versäumen die Unternehmer nicht, sich fittlich zu entrichten über die wachsende Verrohung der arbeitenden Jugend!

Die Frauenpost.

Weibliche Studenten in der Schweiz. Im letzten Wintersemester 1898/99 betrug die Gesamtzahl der an den 7 schweizerischen Universitäten und Akademien vorhandenen Studenten und Zuhörer 4438, wovon 937 weiblichen Geschlechts waren. Von den letzteren frequentierten 292 die Universität Genf, 331 Zürich, 172 Bern, 130 Lausanne, 52 Neuenburg, 35 Basel und 25 Freiburg. Die Fakultäten partizipierten daran folgendermaßen: die philosophische mit 562, medizinische mit 364, die juristische mit 10 und die theologische mit 1. Nach dem Heimatlande verteilten sie sich wie folgt: 335 stammten aus Ausland, 82 aus der Schweiz, 53 aus Deutschland, 25 aus Bulgarien, 17 aus Asien, 9 aus Österreich, je 7 aus Serbien und Nordamerika, 6 aus Ungarn, 4 aus Rumänien, je 3 aus England und Holland und je 1 aus Italien, Spanien, Norwegen und Afrika. Indes handelt es sich hierbei nur um die eingeschriebenen 555 Studentinnen. Ueber die Nationalität der 382 Zuhörerinnen werden keine Mitteilungen gemacht. Von den 53 deutschen Damen studierten 38 in Zürich, 9 in Genf, 5 in Bern und 1 in Lausanne. Auf die Fakultäten verteilten sie sich mit 30 auf die medizinische, 21 auf die philosophische und 2 auf die juristische.

Militärische Nachrichten.

Ueber die englischen Kriegsvorbereitungen teilt die Kölnische Zeitung folgendes mit: Die englischen Nachrichten über militärische Dinge sind immer verworren. Bald werden Reimenter Brigaden genannt, bald Bataillone

Regimenter und neulich erdörte ein großes englisches Blatt, was eigentlich ein Armeekorps sei. Trotzdem kann man jetzt mit einiger Gewissheit von der Zahl und den Namen der für den Krieg in Bereitschaft gestellten und schon an Ort und Stelle befindlichen Truppen sprechen. Gegen Mitte Oktober wird die englische Streitmacht in Südafrika betragen: 18 Infanterie-, Schützen- und Jäger-Bataillone zu je 1003 Mann Kombattanten (Offiziere und Mannschaften), 4 Reiter-Regimenter zu je 472 Kombattanten, 9 Feldbatterien, 4 Pionier-Kompagnien und 1 Ballon-Detachment, außerdem zahlreiche Kompagnien des Army Service Korps. Die Reiterei stand mit den 5. Lanzenreitern und den 18. Husaren in Natal. Sie wurde ebenfalls durch eine Brigade aus Indien verstärkt, die unter dem Befehl des Oberstleutnant Wolseley-Jenkins steht und zusammengekehrt ist aus den 9. Lanzenreitern und den 19. Husaren. Die Feldartillerie besteht aus den Batterien 13., 67., 69. (alle drei bisher in Natal), ferner 18., 62., 75. und der „Brigade-Division“ des Oberstleutnant Corbush aus Indien, 21., 42., 53. Die Pionier-Kompagnien führen die Nummern 7., 8., 23. und 29., letztere Festungspioniere. An Infanterie würden also vorhanden sein: 18 054 Kombattanten, an Reiterei 1888 Säbel, an Artillerie 54 Geschütze und 1530 Kombattanten, an Genietruppen annähernd 1000 Kombattanten, im ganzen also 22 472 Kombattanten und 54 Feldgeschütze. Außerdem verfügen die Kapländer noch über eine Menge kleiner Freiwilligenkorps, deren Ziffer sich auf 276 Offiziere, 933 Unteroffiziere und 4579 Mann mit 11 Feldgeschützen stellen soll, wodurch die Gesamtzahl der Kombattanten auf 28 260 Mann und 65 Geschütze erhöht wird. Nach dem Urteil von sachmännischen Kennern des Landes ist der Wert dieser afrikanischen Freiwilligenkorps erheblich geringer, als der der englischen Freiwilligen in Europa. Man soll es im Kapland lieben, in hübscher Uniform zu paradien, militärisch sollen die Leute wenig brauchbar sein. Außer den genannten Truppen ist noch im Lager von Aldershot die Brigade des Generalmajors Fikroy Hart zur Abfahrt nach Afrika bereit gestellt. Es sind dies die Bataillone Nr. 2 der Royal Highlanders Nr. 42, Nr. 1 des Welsh-Regiments Nr. 41, Nr. 2 des Northamptonshire-Regiments Nr. 48, Nr. 2 des Shropshire Light Infantry-Regiments Nr. 53 und Nr. 2 des Wiltshire-Regiments Nr. 62, also 5015 Kombattanten. Ferner sind noch zwei Reiter-Regimenter in Aussicht genommen, 944 Kombattanten. Im ganzen scheint England bis jetzt den Krieg also mit rund 34 200 Kombattanten und 65 Geschützen führen zu wollen. Theoretisch ist geplant, außer den bis Mitte Oktober eingetroffenen Truppen noch ein Armeekorps (ein für England neuer Begriff) und vielleicht auch eine Kavallerie-Division aufzustellen. Zu diesem Armeekorps gehört die oben erwähnte bereit gestellte Brigade in Aldershot. Angesichts der sehr bedeutenden Kosten einer solchen englischen Mobilmachung — man spricht jetzt schon von annähernd 2 Millionen Pfund, während die Fashoda-Vereitschaft nur 80 000 Lfr. gekostet hat — und auch in Anbetracht der Reibungen, die dabei eingetreten sind, ist die Neigung zu weiterer militärischer Machtentwicklung nicht sehr groß. Indessen die Notwendigkeit wird sich bald herausstellen. In diesem Falle wird die Zahl der englischen Truppen, die für den Krieg bereitstehen und ihn führen, um rund 36 000 Mann aller Waffengattungen (unter Einrechnung der Nichtkombattanten) und um 96 Geschütze wachsen. Diese Ergänzungstruppen werden die Aufgabe haben, zunächst den Ausfall zu decken und sodann voraussichtlich in nicht langer Zeit nach Afrika abzuziehen, um den Angriff durchzuführen. Die bis Mitte Oktober in Südafrika verfügbaren Kräfte genügen für den Angriff nicht; die Ereignisse der nächsten Tage werden lehren, ob sie zur Abwehr der sich an den Grenzen regenden Boeren genügen werden. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der vielfach vorbestrafte Schneidermeister Otto Hesse hier, geboren 1855, kaufte am 18. Dezember 1898 eine Uhr nebst Kette auf Abzahlung, zahlte 10 Mark an und verlegte die Sachen dann sofort für 24 Mark. In zwei weiteren Fällen verlegte er im März d. Js. Stoffe, die er zur Anfertigung von Kleidungsstücken empfangen hatte und verausgabte die Erlöse. Der Angeklagte erhielt wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle und Unterschlagung zufällig 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Der Buchdrucker Karl Sander hier, geboren 1879, wohnte bei seinem Vater, der in dem Grundstück Mollkestraße 12c Hausmann ist, und hatte erfahren, daß der im zweiten Stockwerk wohnende Kaufmann Lindau verreist war. Diese Gelegenheit benutzte er, schlug in der Nacht zum 30. Juli d. Js. von der Treppe aus das Klosetfenster ein und stieg gemeinsam mit dem Arbeiter Gustav Banse, geboren 1878, in die Wohnung. Dort erbrachen sie einen Spiegelschrank und stahlen eine große Anzahl wertvolle Schmuckfachen, sowie andere Gegenstände, die sie teils selbst verlegten, teils durch den Arbeiter Heinrich Bernsdorf hier, geboren 1879, verkaufen und verschleppen ließen. Um den Verkauf und Verstoß leichter bewirken zu können, händigte der eingeweihte Arbeiter Paul Hofe hier, geboren 1879, dem Bernsdorf Legitimationspapiere ein, nahm dafür geschenkt eine Quantität von den gestohlenen Cigarren an und verzeigte mit Bernsdorf 3 Mark Erlös für ein Opernglas. Der Gerichtshof verurteilte wegen schweren Diebstahls, Hehlerei und Begünstigung in Anbetracht der Vorstrafen Sander zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Banse zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Bernsdorf zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Hofe zu 1 Monat Gefängnis. —

In nichtöffentlicher Sitzung wurden der Arbeiter Wilhelm Schulz, geb. 1862, und dessen Ehefrau, Marie geb. Voigt, geb. 1864, von hier, von der Anklage der Kuppelerei freigesprochen. —

Der vorbestrafte Knecht Gottlieb Valentin zu Trüppelne geb. 1842, schlug am 31. August d. Js. die Tochter seines

Dienstherren, als sie ihn zur Arbeit antrieb, mit einem Hammer dreimal auf den Kopf, so daß blutende Verletzungen entstanden. Valentin erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung 6 Monate Gefängnis. —

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Hausdiener Alfred Weiland hier, geboren 1884, wegen Sittlichkeitsverbrechens mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Der frühere Bureaubeamte Carl Ludwig zu Neustadt, geboren 1874, arbeitete im Jahre 1898 bei dem Generalagenten Hellwig und unterließ ihm in zwei Fällen zusammen 172.40 Mark Versicherungsbeiträge, die er einholte und nicht ablieferte. Den Angeklagten trafen deswegen zufällig 3 Monate Gefängnis. —

Der schon vielfach bestrafte Maurer Peter Rasch zu Staßfurt, geboren 1852, frug am 18. August d. Js. bei dem Maurerpolier Schneider um Arbeit an. Als er abschlägig beschieden wurde, beleidigte er ihn, schuppste ihn gegen eine Bretterwand und verfolgte den davon eilenden Polier, drang auch widerrechtlich in den Neubau des Hospitalgebäudes ein. Der dem Polier Beistand leistende Handlanger Kohl wurde von Rasch ebenfalls beleidigt und mit einem Stock über die Arme geschlagen. Das Urteil lautete wegen Beleidigung, Körperverletzung und Hausfriedensbruchs auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft. —

In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Schlosser Andreas Winter zu Staßfurt, geboren 1870, wegen vollendeten Sittlichkeitsverbrechens in sieben Fällen und versuchten Sittlichkeitsverbrechens in acht Fällen zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Der schon öfter vorbestrafte Komptorist Hermann Schliephake hier, geboren 1870, war bei der Firma Gustav Schallahn beschäftigt und erhielt von dem Kassierer Conrad am 17. Juli d. Js. 105 Mark mit dem Auftrag, den Betrag auf Postanweisung einzuzahlen. Schliephake verpackte das Geld im Mobben und verschwand dann von hier. Am 28. Juli erschwindelte er sich von dem Fuhrmann Braune unter Vorspiegung falscher Quittungen zwei Darlehen in Höhe von 2.50 Mark und 2 Mark, sowie die Omnibusfahrt von Groß-Öttersleben nach Wanzleben. Der Gerichtshof erkannte wegen Unterschlagung und Betrugs im wiederholten Rückfalle auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Aus Leipzig wird vom 6. Oktober berichtet: Vom Landgericht I in Berlin ist am 6. Juni der Tapezierer Karl Henke wegen **Beleidigung des Kaisers** zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er befand sich am 10. März in angetrunkenem Zustande in einer Konditorei. Nachdem er die Geschichte von Diogenes und Alexander dem Großen erzählt hatte, schwang er sich zu einer kurzen und verblüffenden Meinungsäußerung über die geistigen Fähigkeiten sämtlicher Könige auf. Einer der Anwesenden hielt sich für verpflichtet, den Schwärmer zu fragen, ob er nicht wenigstens unserem Kaiser eine Ausnahmestellung einräume. Darauf that dann Henke die Aeußerung, in welcher die Majestätsbeleidigung vom Landgericht gefunden worden ist. — In der Revision des Angeklagten führte der Verteidiger Benschwerde darüber, daß ein von ihm gestellter Beweisanspruch abgelehnt oder vielmehr während der Verhandlung unberücksichtigt gelassen ist. Er habe beantragt gehabt, den Arzt, der den Angeklagten seit 15 Jahren kenne und behandle, darüber zu vernehmen, daß Henke, der im übrigen sehr nüchtern sei, wenn er trinke, anfangs zu quasseln und zu renommieren und dann seiner Sinne nicht mehr mächtig sei. — Da Urteil und Protokoll nicht erkennen ließen, daß mit diesem Antrage ordnungsmäßig verfahren ist, so hob heute das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. —

Von der Giesener Strafkammer wurde ein Arbeiter aus dem Kreise Lauterbach wegen **Majestätsbeleidigung** zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war von einem Kriegervereinsmitglied denunziert worden.

Aus Kiel berichtet das Hamburger Echo: Wegen **Majestätsbeleidigung** stand vor der hiesigen Strafkammer der Arbeiter Stolz. Er war vom Schiffszimmermann Radloff wegen der unter Aufsicht stehenden Aeußerung denunziert. Wie aus der Verhandlung hervorging, hat Radloff dies aus Rache gethan; er war wegen Diebstahls verurteilt worden und der jetzige Angeklagte hatte gegen ihn aussagen müssen. Radloff ist außerdem bereits vorbestraft, weil er sich einmal in einer Prozeßsache brieflich erbot, mit einem Freunde für 50 Mark einen Meineid zu leisten. Stolz wurde, da das Gericht in der an und für sich ziemlich harmlosen Aeußerung eine Beleidigung erblickte, zu der geringsten zulässigen Strafe von 2 Monaten Gefängnis verurteilt. —

In Mainz verurteilte die Strafkammer den Schneidermeister Janion aus Wendelsheim wegen **Mißhandlung eines 1½-jährigen Pflegekindes** zu zwei Jahren Gefängnis. Bei der gerichtlichen Sektion der Leiche des armen Kindes ergab sich, daß ihm mehrere Rippen und der Unterkiefer gebrochen waren. — Das „Bewußtsein“ der Rechtswidrigkeit seiner empörenden Handlungswiese hat hiernach dem Verurteilten nicht gefehlt. —

Der Stuhlbauer Alban in Geringwalde war angeklagt, als Vertrauensmann und Kassierer des deutschen Holzarbeiterverbandes von Anfang August 1894 bis März 1895 insgesamt 181.60 Mark **unterschlagen** zu haben. Das Landgericht Chemnitz sprach ihn aber frei. —

Die **Herner Unruhen** fordern immer noch ihre Opfer. Am 2. Oktober wurde der Fuhrknecht Gaspar, der am 27. Juni Vergleute zum Streiken überreden wollte, wegen **versuchter Rötigung** zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Behältnismäßig glimpflich weggekommen ist am 3. Oktober der Bergbeamte Hr. Heese, der mehrfach Polizeibeamten gegenüber seine Mißbilligung über die Auf-

lösung der Versammlung vom 25. Juni in Herne und das Auftreten der Polizei bei den Unruhen überhaupt ausgesprochen hat. Den Beamten, welcher die Versammlung auflöste, soll er einen „Dumpe“ genannt haben, und dafür wurde er mit 70 Mark, wegen Beleidigung der Polizei überhaupt mit 50 Mark, also insgesamt zu einer Geldstrafe von 120 Mark, verurteilt. Auffällig ist uns, daß das Schöffengericht feststellte, der Kommissar Brodmeyer habe die Versammlung aufgelöst und sei also durch H. beleidigt worden; in Wirklichkeit hat Polizeiergeant Büchel aufgelöst; der Angeklagte wußte selber nicht, wer es gewesen und wird noch Verurteilung anmelde. Im Monat September ist noch 10 Angeklagte auf zusammen 111 Monate Gefängnis erkannt worden. Insgesamt sind wegen der Herner Tage gegen 38 Angeklagte nun **31 Jahre 9 Monate 6 Wochen und 3 Tage Gefängnis** ausgesprochen worden. —

Die Kölner Strafkammer verurteilte zwei Tagelöhner von dort wegen bei der jüngsten Gewerbegerichtswahl verübten Betruges zu je vier Wochen Gefängnis. Die Arbeiter hatten **zweimal gewählt**, indem sie das zweite Mal die ihnen im Wahlversammlungslokal übergebenen Wahlberechtigungscheine von Wahlberechtigten, die selbst nicht kommen konnten, abgegeben hatten. —

Die Schullaffaire in Schöneberg.

Die bekannte Schullaffaire, die den Tod des Knaben F. J. im Gefolge hatte, wird nochmals die Gerichte beschäftigen. Das Reichsgericht hat nämlich am Freitag das Urteil der Strafkammer am Landgericht II aufgehoben, durch welches beileibe nicht der prügelnbe Lehrer, sondern die Leute, die diesen Pädagogen kritisiert hatten, mit schwerer Strafe belegt worden sind.

In der Gemeindschule zu Schöneberg hatte der Lehrer N. am 11. Oktober 1897 den 9½-jährigen Knaben F. auf verschiedene Arten gequält, auch mit dem Stock auf das Gesicht geschlagen. Am nächsten Tage hatte der Knabe Erbrechen und in der Nacht zum 23. Oktober starb er an einer Bauchfellverletzung. Schon in den ersten Tagen des Unwohlseins des Knaben hatte sich dessen Mutter an den Rektor der Schule gewendet, um den Knaben aus derselben fortzunehmen. Der Rektor hatte sie erst in barschen Worten abgewiesen, bei ihrem nächsten Besuche aber sein Bedauern über die Angelegenheit ausgesprochen und sie dadurch zur Zurücknahme der Abmeldung veranlaßt. Als der Knabe gestorben war, wurde gegen den Lehrer eine Untersuchung eingeleitet, die mit Einstellung des Verfahrens endete. Während die Untersuchung schwebte, veröffentlichte der Berichterstatter Armin Vormeng in Schöneberg, welcher Vater schulpflichtiger Kinder ist, außer in anderen Blättern, auch im Schöneberger Tageblatt eine Reihe von Artikeln, die sich mit diesem Falle beschäftigten. Das Verhalten des Lehrers N. wurde darin als brutal und roh bezeichnet und auch gegen den Rektor wurden Vorwürfe erhoben, weil er das Treiben jenes Lehrers geduldet habe. Das Landgericht II in Berlin hat in diesen Artikeln Beleidigungen des Lehrers und Rektors erblickt und am 28. März d. Js. den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Hugo Brünning, zu 500 Mark, den Verfasser Vormeng dagegen zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Auf die Revision beider Angeklagten (Herr Vormeng hatte die seinige mündlich begründet) hob das Reichsgericht am Freitag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht I in Berlin. In den Gründen wurde u. a. ausgeführt: Daß Brünning als Einwohner von Schöneberg berechnete Interessen wahrnahm, als er die Artikel veröffentlichte, will das Landgericht nicht anerkennen, weil er nicht selbst wie Vormeng ein Kind in der Schule gehabt habe. Hiermit ist der Begriff der berechtigten Interessen zu eng aufgefaßt, denn jemand, dessen Kinder noch nicht schulpflichtig sind, kann sehr wohl ein berechtigtes Interesse daran haben, daß das Zuchtungsrecht der Lehrer nicht überschritten werde. Dem Angeklagten Vormeng ist der Schutz des § 193 zwar zugebilligt worden, aber das Landgericht hat aus der Form des Abdrucks (brutal und roh) die Absicht der Beleidigung gefolgert. Diese Auffassung läßt erkennen, daß Form und Inhalt nicht genügend auseinandergehalten worden sind. Der Angeklagte wollte ja gerade dem Lehrer vormerken, daß er sich roh und brutal gegen die Kinder benommen habe. Das Landgericht hätte darlegen müssen, welche anderen Ausdrücke der Angeklagte anwenden mußte, um sich nicht strafbar zu machen. Auch bezüglich der „begleitenden Umstände“ ist das Urteil widerspruchsvoll. —

Kleine Chronik.

Auf dem Dönhofsplatz in Berlin verjuchte sich in der Nacht zum Sonntag der 18-jährige alte Kaufmannslehrling Heinrich Wiesenberger aus Pest zu erschießen. Wiesenberger, der Sohn eines Schneiders, war vor drei Wochen seinem Lehrherrn mit 800 Gulden durchgegangen. Ein Schutzmann, der den Verwundeten fand, brachte ihn nach der Charité. —

Zur Verhaftung des Mörders Gönczi und seiner Frau in Rio de Janeiro wird aus dortigen Blättern noch bekannt, daß bei der Festnahme Gönczi anfangs heftigen Widerstand leistete; er wurde aber bald überwältigt und nebst seiner Frau abgeführt. Wichtige Schriftstücke wurden bei Durchsuchung seiner Wohnung gefunden. —

Die Kunde von einem neuen Giftmorde kommt aus dem Industrieort Wiesau bei Gagan, das durch seine Glasfabrikation einen Ruf genießt. Unter verdächtigen Symptomen ist ein blühendes Mädchenleben, der 20-jährige Glasmacher Adolf Linke, daselbst eines plötzlichen Todes gestorben. Man vermutet, daß abermals eine Arsenitvergiftung und im Zusammenhang damit ein Verbrechen vorliegt; dies war seit kurzem der dritte Fall. Vor einigen Wochen starb an Arsenitvergiftung der Glasmacher Walch, ebenso erkrankte der Glasmacher Jungwirth, welcher sich indessen wieder erholt. Der Vater des Walch war kurz vorher plötzlich gestorben, und dessen Leiche ist vor einigen Tagen exhumiert worden. Die Untersuchung wird eifrig geführt. Soeben fand die Sektion der Leiche des Linke statt. Diese Fälle erregen in der ganzen Umgegend berechtigtes Aufsehen. — Bemerkenswert ist, daß Arsenit in der Glasfabrikation Verwendung findet. —

Ein Krawall zwischen Militär und Arbeitern fand am Donnerstag in Gilm statt. Eine kleine zur Hilfe requirierte Patrouille, welche mit aufgebäumtem Bajonett vorging, erwies sich als

zu schwach und es mußte eine größere Abteilung unter Leitung eines Offiziers alarmiert werden, welche alsdann die Straßen säuberte. Mehrere Jäger und Arbeiter sollen verwundet sein. Die Jäger drängten die Arbeiter mit blanker Waffe zur Hörselbrauerei zurück. Die Thore wurden geschlossen. Ein Wagen der Brauerei, der vom Bahnhof zur Brauerei fuhr, wurde vom Militär gestoppt. —

Eine Erfindung zur Verhütung von Eisenbahnunfällen will der Professor an der Universität zu Rom, Ruffo d'Alar, gemacht haben, der schon einmal viel genannt worden ist wegen seiner Erfindung einer Art von drahtloser Telegraphie zum Gebrauch auf Schiffen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Bei dem neuen Apparat spielt die Telephonie ohne Draht eine Rolle. Die Einzelheiten der Erfindung hält Prof. Ruffo vorläufig geheim, doch erzählt der Corriere della Sera, daß das Ruffosche Telephon an den Zügen angebracht und in Stande sein werde, diese sowohl mit der zuletzterlassenen als der nächsten Station sowie außerdem mit solchen Zügen zu verbinden, die sich innerhalb beider Stationen auf dem nämlichen Geleise befinden. Das Telephon soll derart funktionieren, daß kein Geräusch seine Wirkung zu beeinträchtigen vermag und der Maschinist jederzeit mit absoluter Sicherheit über Fahrhindernisse jeder Art informiert wird. Dies gilt sogar für den Fall, daß ganz plötzlich eine Störung — etwa durch Abitur eines Felsens auf das Geleise — eintritt, von der man weder auf der letzten noch der nächsten Station Kenntnis hat. Und nicht genug damit, signalisiert der Ruffosche Apparat auch die genaue Entfernung des Hindernisses von dem gefährdeten Zuge, sowie umgekehrt die Gefahr, deren Ursache etwa in ihm selbst liegt, den Stationen. Unter solcher Gefahr wäre etwa die plötzliche Erkrankung des Heizers oder Lokomotivführers zu denken. Endlich soll die Erfindung Professor Ruffos dem Reisenden auch dadurch nützlich werden, daß mittels ihrer eine Verbindung zwischen dem Fahrpersonal und allen einzelnen Wagenabteilungen hergestellt wird. Für Stationen, wo die zwar sehr romantischen, aber für die Betroffenen höchst bedenklichen Eisenbahnattentate noch eine häufige Erscheinung sind, würde das von großer Bedeutung sein. —

Bücherzahn.

Eine neuen erscheinende Broschüre von Kurt Eisner behandelt unter dem Titel „Eine Zankerrevolte“ die Fragen der inneren preussischen Politik unter Anlehnung an den Handelsstand und prüft

diese Frage vom Standpunkte des Sozialismus. Der Stoff ist gegliedert in folgende Kapitel: Die Politik der Mitte, Kulturinteresse und Interessentumult, der persönliche Wille, Bilder aus der verkehrten Welt, die Komödie der Drohungen, ohne Sozialdemokraten. Im ersten Abschnitt wird das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft in Preußen mit Hilfe von Zahlen über Bevölkerungszunahme, Bodenbenutzung, Einfuhr und Ausfuhr von Industrieerzeugnissen und Rohstoffen dargestellt. Der Verfasser kommt am Schluß seiner interessanten Darlegungen zu der Forderung, daß wir auch in Preußen die Eroberung der politischen Macht mit allen tauglichen Mitteln anbahnen müssen, und verlangt einheitliche und verbindende Beschlüsse zur Frage der preussischen Landtagswahlen. Diese Broschüre ist somit gewissermaßen das Gegenstück zu der diebstüchlichen Schrift: „Kein Kompromiß! Kein Wahlbündnis!“ und es wird deshalb kein Leser der einen veräumen dürfen, die andere zu lesen. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen tagt am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im „Weißen Hirs“ in Neue Neustadt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der beiden Stadtheile Neustadt werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. —

Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen tagt am Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, in Sudenburg im „Deutschen Hof“. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Stadtheils Sudenburg werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. —

Mittwoch, 11. Oktober:

N. Neustädter Arbeiter-Gesangsverein. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr. Übungsstunde im „Weißen Hirs“.

Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.

Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berliner Bierhalle“, Schöningerstraße 28.

Gesangsverein „Einigkeit“ Ebor, Budau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei S. Balzer, Klosterbergstraße 5.

Arbeiter-Gesangsverein Budau. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde in Hölzlers Restaurant, Dorotheenstr. 19.

Arbeiter-Turnverein Hohenbodeleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Übungsstunde bei Eizius.

Gesangsverein „Männerchor“, Hohenbodeleben. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Eizius.

Männer-Turnverein Hohenbodeleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weißen Hirs“.

Männer-Turnverein Bismarck. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Übungsstunde.

Männer-Gesangsverein Gr.-Ottersleben. Jeden Mittwoch abends Übungsstunde bei Baake.

Burg. Gesangsverein „Vorwärts“. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Jesse.

Reinholdensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ankunft und Saale.		Saale		Wasser	
Strasbourg	8. Okt. + 1.20	9. Okt. + 1.20	—	—	—
Trois	+ 2.08	+ 2.10	—	—	0.02
Alzheim	+ 1.97	+ 1.90	0.07	—	—
Bernburg	+ 1.58	+ 1.50	0.08	—	—
Salze, Oberpegel	+ 1.68	+ 1.62	0.06	—	—
do. Unterpegel	+ 1.10	+ 1.10	—	—	—
Milde.					
Deffau	8. Okt. + 0.59	9. Okt. + 0.52	0.07	—	—
Mildebride	—	—	—	—	—
Fier, Eger, Moldau.					
Jungbunzlau	7. Okt. + 0.06	8. Okt. + 0.05	0.01	—	—
Laun	+ 0.01	+ 0.03	0.02	—	—
Budweis	+ 0.36	+ 0.33	0.03	—	—
Prag	+ 0.63	+ 0.58	0.05	—	—
Elbe.					
Brandenburg	7. Okt. + 0.16	8. Okt. + 0.12	0.04	—	—
Melitz	+ 0.10	+ 0.12	—	—	0.02
Leitmeritz	+ 0.28	+ 0.25	0.03	—	—
Augsburg	+ 0.20	+ 0.20	—	—	—
Dresden	8. —	+ 0.57	—	—	—
Torgau	+ 0.76	+ 0.78	0.02	—	—
Wittenberg	+ 1.40	+ 1.38	0.02	—	—
Rosslau	+ 1.58	+ 1.53	0.05	—	—
Barby	+ 2.00	+ 1.92	0.08	—	—
Schönebeck	+ 1.88	+ 1.80	0.08	—	—
Magdeburg	9. + 1.65	10. + 1.70	—	—	0.05
Langermünde	8. + 2.60	9. + 2.52	0.08	—	—
Wittenberge	+ 2.34	+ 2.26	0.08	—	—
Dömitz, Pegel	+ 1.98	+ 1.86	0.12	—	—
Lauenburg	+ 2.00	+ 1.87	0.13	—	—
Saale.					
Brandenburg	6. Okt. + 2.06	7. Okt. + 2.07	—	—	0.01
do. Oberpegel	+ 1.36	+ 1.36	—	—	—
do. Unterpegel	—	—	—	—	—
Oder.					
Kösl	6. Okt. + 1.01	7. Okt. + 1.04	—	—	0.03
Brieg Oberpegel	+ 4.52	+ 4.56	—	—	0.04
do. Unterpegel	+ 2.20	+ 2.20	—	—	—
Breslau Oberpegel	+ 5.06	+ 5.06	—	—	—
do. Unterpegel	+ 0.32	+ 0.36	0.04	—	—
Frankfurt	5. + 1.84	+ 1.76	0.08	—	—
Küstrin	+ 1.51	+ 1.44	0.07	—	—
Warthe.					
Posen	6. Okt. + 0.48	7. Okt. + 0.44	0.04	—	—
Küstrin	5. + 0.97	+ 0.88	0.09	—	—
Weichsel.					
Thorn	5. Okt. — 1.64	6. Okt. — 1.69	0.04	—	—

Gratis - Zugabe!

1 Dose Kafao-Präparat

geben wir gratis zu
bei jedem Pfund Kaffee

von 80 Pfg. und höher.

Buchthal's Kaffee-Magazine

Jakobsstraße

Sudenburg, Breiteweg 52a (neben dem
Straßenbahn-Depot)

Neustadt, Breiteweg 118.

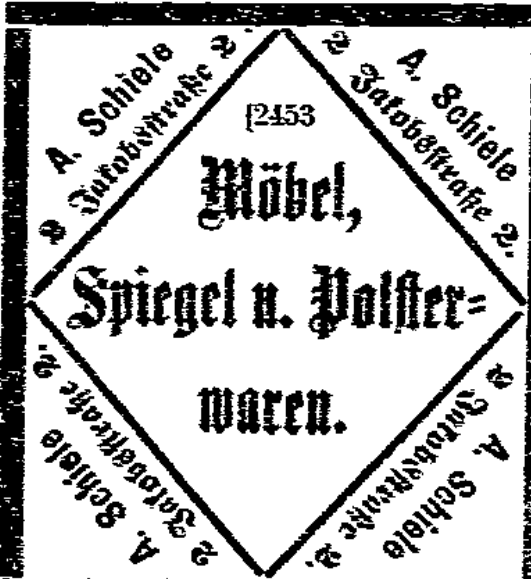
Möbel- Einrichtungen

größte Auswahl
in den großen Sälen
und 5 Möbelschreibern von

J. Mook

jetzt nur

2464 Jakobsstraße 51
dicht am Alten Markt



Blockwurst à Pfd. 55 Pfg.
Kotowurst à Pfd. 50 und 60 Pfg.
Bratwurst à Pfd. 80, 90 und 100 Pfg.
Leberwurst à Pfd. 60 Pfg.
Salami à Pfd. 100 Pfg.
Schlachtwurst à Pfd. 80, 90, 100, 120, 130 Pfg.
Zungenwurst à Pfd. 90 Pfg.
ff. Weiskäse Kochwurst à Pfd. 70 Pfg.
Aufschnitt à Pfd. 120 Pfg.
Schinken, fetten und Rippenpek
sowie fests frische Altmärker
Blomen à Pfd. 60 Pfg.
W. H. Lange
Magdeburg-Elbg., Andreassplatz 2
Ede Heffestraße.

Standesamt.

Magdeburg, 9. Oktober.

Aufgebote: Urb. Paul Wilh. Gähne h. m. Minna Dorothee Schmöhl in Schönebeck. Steward a. d. Dampf. „Karlsruhe“ Franz Fernau in Bremerhaven m. Emma Kuhnert h. Urb. Heint. Caspar Andr. Brinisch m. Theresie Ida Bertha Trilhoie in Berlin. Urb. Wilh. Karl Eduard Treich m. Marie Luise Gassel in Langermünde. Kaufm. Heint. Dönte h. m. Marianne Kreis h. (Herrnkrug). Post-Off. Friedr. Ganzer m. Alexandrine Rosenkötter h. Straßenbahnkassier Aug. Sporleder m. Agnes Blumenthal h. Böttcher August Stahl m. Luise Goldemann, geb. Rode, h. Sierwachmeister i. Feld-Alt.-Reg. Nr. 4 Louis Kessler m. Margarethe Blanke h. Schlosser Emil Thier m. Emma Reefe, geb. Herzberg, h.

Eheschließungen: Urb. Wilhelm Krüger in Posen a. E. m. Marie Liebs h. Urb. Paul Kähne m. Anna Bahls h. Detonom Wilh. Diekmann m. Theresie Anabe h. Urb. Michael Baltrusch m. Minna Friedrich h. Schmied Herm. Braumann m. Marie Barh h. Maschinist Paul Rudolph m. Emma Busse h.

Geburten: Elise, T. d. Urb. Karl Friedrich, Herbert, S. d. Profursten Otto Frederich, Emma, S. d. Urb. Heint. Reim. Heint. S. d. Klempners Heint. Havemann, Ella, T. d. Schuhmachers Rud. Grande, Elise, T. d. Schiffsbauers Ernst Rajonk, Kurt, S. d. Hoboisern Bernh. Müller, Clara, T. d. Urb. Paul Kähne, Kurt, S. d. Buchdr.-Maschinenm. wirts. Gust. Häfener, Ernst, S. d. Jagen Paul Urbach, Elisabeth, T. d. Eisenbahnkassiers Aug. Hoff, Elisabeth, T. d. Schneiders Albrecht Johrg. Lucie, T. d. Schmieders Wilhelm Demuth.

Todesfälle: Emma, geb. Hofmeister, Ehefrau des Ein-Offiz. David Werth, 43 J. 6 M. 12 J. 3. Albrecht Runge, Rentier, 62 J. 9 M. 4 J. Theresie, geb. Kahl, Wwe. des Kaufm. Ludwig Becker, 45 J. 11 M. 2 J. Martha, T. des Schuhmachers Ernst Hönede, 2 M. 12 J. Unbenannte T. des Badermeisters Richard Reichen, 4 Stb. Paul, S. des Schriftstellers Kurt Richter, 23 J. Alwine, geb. Meyer, Ehefrau des penz. Ober-Polizeiführers Karl Zimmer, 74 J. 10 M. 28 J. Liesbeth, T. des Arbeiters Heinrich Wille, 6 M. 3 J. Helene, T. des Schneiders Hermann Epp, 12 J. 7 M. 4 J. Rudolph, Pianist, Berthel, Rentier, 51 J. 9 M. 2 J. Anna, geb. Meyer, Ehefrau des penz. Magist. Sekretär Moriz Gläfer, Elise Frieda Emma, unehel., 4 M. 12 J.

56 J. 5 M. 1 J. Emmy, unehel., 1 J. 3 M. 20 J. Otto Moosdorf, Tischlerlehrling, 15 J. 9 M. 2 J. Albert, S. des Arbeiters Albert Königlein, 1 M. 8 J.

Sudenburg, 9. Oktober.
Geburten: Dora, T. des Tischlers Felix Gröbe, Albert, S. des Maurers Gustav Stettin, Gertrud, T. des Arbeiters Friedrich Michaelis, Elise, unehel., Frieda, T. des Schlossers Richard Schmeller.

Todesfälle: Erna, T. des Arbeiters Friedrich Hartmann, 24 J. Minna, T. des Arbeiters Christian Könnede, 9 J. 9 M. 8 J.

Budau, 9. Oktober.
Eheschließung: Hilfsbremser Benjamin Krebs mit Anna Marie Helene Ushmann hier.

Geburten: Hans, S. des Arbeiters August Schacht, Gerhard, S. des Eisenbahn-Betriebssekretär Max Schulz.

Todesfälle: Hans, S. des Arbeiters August Schacht, 1 1/2 J. Martha, T. des Kupferschmieds Rudolf Vogel, 1 J. 20 J.

Neustadt, 9. Oktober.
Aufgebote: Korbmacher Christ. Gottl. Ludwig Wilhelm Schönmann mit Emma Christ. Dorothee Friederike Schröder.

Eheschließungen: Arbeiter Paul Heitig mit Helene Fijcher, Arbeiter Fritz Eggert mit Minna Hilbrandt.

Geburten: Martha, T. des Arbeiters Ignaz Janbeck, Otto, S. des Arbeiters Hermann Messert, Paul, S. des Fabrik-Schmieds Franz Wendorf, Elisabeth, T. des Eisenbrechers Hermann Wiedemann.

Todesfälle: Ernst, S. des Arbeiters Friedrich Liebrecht, 7 J. 8 M. 22 J.

Cracau.
Eheschließung: Kaufmann August Graffunder in Preßler mit Elisabeth Marie Emma Wiedig hier.

Geburten: Fritz Albert, S. des Maur. Friedrich Bahnmann in Preßler, Paul Richard Walter, S. des Zimmermanns Richard Schmeller hier, Erna Elisabeth, T. des Kumpfgärtners Josef Kothler hier, Wilhelm Otto, S. des Badermeisters Otto Ebener hier.

Todesfälle: Johann, T. des Arb. Hermann Kreschmar in Preßler, 11 J. 10 M. 5 J. Otto, S. des Arb. Hermann Kreschmar in Preßler, 7 J. 2 M. 5 J.

Westerhüsen, 30. Septbr. bis 6. Oktober
Aufgebote: Eisdreher Wilh. Griefe in Magdeburg-Budau mit Anna Marie Triemel hier, Glasmacher Friedrich Hermann mit Anna Luise Marie Krone hier, Schlosser Wilhelm Karl Seje mit Alma Emilie Dorothee Zeig hier, Glasmacher Hermann Christian Gustav Wilhelm Bitt hier mit Marie Dorothee Bertha Langguth in Hildburghausen.

Eheschließungen: Schlosser Friedr. Wilhelm Karl Reinede mit Karoline Marie Sophie Richter hier, Arbeiter Aug. Friedr. Karl Friede in Magdeburg mit Anna Dorothee Bagler hier, Zimmermann Heinrich Karl Reichmann in Salbke mit Marie Luise Pauline Krone hier.

Geburten: Paul, S. des Arbeiters Jakob Golemta, Selma Anna, T. des Zeichners Wilhelm Zimme, Otto Karl Wilhelm, S. des Arbeiters Friedrich Peterling, Luise Magdalene, T. des Zimmermanns Heinrich Karl Reichmann, Robert Wilsch, S. des Sewalters Gustav Linde.

Todesfälle: Walter Alfred Emil, S. des Arbeiters August Knopp, 3 M. 5 J. Elise Frieda Emma, unehel., 4 M. 12 J.

K. Lublin

empfehlen

als besonders preiswert

Louisianatuch

H. L.

10 Meter 3.00 Mark.

20 Meter 5.90 Mark.

Solid im Tragen, bewährt beim Waschen.

Dieses Tuch behält nach der Wäsche den weichen, seidensartigen Charakter u. zeichnet sich durch besondere Haltbarkeit aus.



Mein Tapeten- u. Tapezier-Geschäft

besonderes Fach vom 1. Oktober ab am

Burgstraße 26. Bernh. Giebler.